Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Bezugspreis: 75 Goldpfennig monatlich zuzüglich 6 Goldpfennig Zustellungsgebühr. — Bestellungen nehmen alle zuständigen Postämter, Briefträger und der Verlag Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen. — Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verspätung und Entschädigung.

Anzeigenpreis: Für die zehngespaltene Millimeter-Zeile 10 Goldpfennig. — Anzeigen im Reklameteil 1 Mark. — Anzeigenannahme durch den Verlag des „Politischen Wegweiser", Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. Schriftleitung: Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. Fernsprecher Nr. 1277.

Nummer 11 — Halle (S.), 12. März 1927 — 3. Jahrgang

Die große Partie in Genf.

Minderheitsschulen in Oberschlesien — Die Saarfrage — Vergebliche deutsche Bemühungen — Der rumänisch-ungarische Streitfall — Stresemann als Vorsitzender — Das günstige ABC — Keine Rheinlandsräumung — Die vergessene sittliche Entrüstung der Deutschnationalen — Das russisch-englische Problem — Ernste Sorgen — Italien auf englischer Seite — Ratifizierung des rumänischen Vertrages — Keine deutsche Vermittlung — China und kein Ende — Die inhaltslose Abrüstungskonferenz — Westarps Rede — Mangelndes Verantwortlichkeitsgefühl — Außenpolitische Atempause — Das bedrohte Arbeitszeitgesetz — Neuer Kuhhandel — Zentrumserfolge — Die Verschmelzung mit der bayrischen Volkspartei.

Die Pariser „Information" spricht von einer großen Partie in Genf und versteht darunter das diplomatische Spiel, das sich unter Ausschluß der Oeffentlichkeit abrollt. Was auf offener Szene geschieht, ist freilich ziemlich belanglos. Keine der großen Fragen findet dort eine Lösung, und selbst die kleineren, die auf der Tagesordnung stehen, werden in einer Weise erledigt, die ganz sicher nicht unseren Beifall findet. Der Kampf um die deutschen Minderheitsschulen in Oberschlesien wird voraussichtlich aus dem Konferenzsaal heraus nach dem Haag verlegt, wo das Schiedsgericht dann entscheidet. Unsere Bemühungen, der Saarbevölkerung eine nennenswerte Erleichterung zu verschaffen, müssen schon heute als gescheitert angesehen werden. Daß an die Spitze der Regierungskommission wieder ein Kanadier tritt, mag noch hingehen. Leider ist es jedoch nicht gelungen, das belgische Mitglied Lambert zum Ausscheiden zu bewegen, weil Frankreich einen Gegendruck auf die Brüsseler Regierung ausübte und tatsächlich wurde auch eine franzophile Mehrheit beibehalten. Auch der Bahnschutz ist nicht so geregelt worden, wie es unseren Wünschen und den Bestimmungen des Versailler Vertrages entspricht. An dem rumänisch-ungarischen Streitfall sind wir an sich unbeteiligt und haben doch grundsätzlich stärkstes Interesse. Ungarn hatte die Frage aufgerollt, ob die Enteignung seiner Groß-Grundbesitzer in dem im Trianon an Rumänien verloren gegangenen Siebenbürgen zu Recht erfolgt ist. Eine Entscheidung wäre deshalb auch für uns bedeutungsvoll gewesen, weil wir in der Tschechoslowakei, in Polen und den Oststaaten uns in einer ähnlichen Lage befinden. Im Genf aber entschloß man sich, diese Regelung auf den Juni zu vertagen.

Man hat bei uns etwas zuviel Aufhebens davon gemacht, daß Dr. Stresemann den Vorsitz auf dieser Ratstagung führte. Es ist kein deutscher Sieg, sondern lediglich der Erfolg eines Zufalls. Wie auf allen internationalen Kongressen, richtet man sich auch in der Calvinstadt nach dem französischen Alphabet. Deutschland als Allemagne steht eben an erster Stelle. Deshalb hatten wir schon im vergangenen Jahre dieses Recht zu beanspruchen, haben aber aus taktischen Erwägungen heraus darauf verzichtet. Jetzt sind wir an der Reihe. Gewiß klingt es sehr einschmeichelnd, wenn es heißt, dasselbe Deutschland, das heute vor einem Jahr noch vor den Türen des Völkerbundssaales stand, präsidiert jetzt, ohne daß jemand dagegen Einspruch erhebt. Aber man soll solche Aeußerlichkeit nicht überschätzen. Irgend etwas Positives wird dadurch nicht erreicht.

Die Genfer Tagung ist in ihrem offiziellen Teil inhaltlos und soweit überhaupt etwas beschlossen wird, recht unersprießlich. Damit haben wir übrigens von vornherein gerechnet. Viel wichtiger sind die Besprechungen der Außenminister untereinander. Das eigentliche Ergebnis ist negativ. Deutschland erhebt noch nicht seinen Anspruch auf die Rheinräumung, weil der Zeitpunkt zu ungünstig gewählt wäre. Man muß auf Briand Rücksicht nehmen, dessen Stellung eine solche Belastungsprobe nicht erträgt. So bleibt nichts weiter übrig, als sich zu gedulden. Unsere deutschnationalen Blätter verzeichnen das mit einem leisen Knurren, aber wir hätten einmal den Ausdruck sittlicher Entrüstung sehen mögen, wenn eine Regierung der Mitte es gewagt hätte, dieses berechtigte deutsche Verlangen, einfach unter den Tisch fallen zu lassen. Verrat, Mangel an nationaler Würde wären das wenigste gewesen, was diese Kreise dem Reichsaußenminister vorgeworfen hätten.

Im Vordergrunde standen in Genf nicht die deutschen Fragen, sondern die internationalen Beziehungen zwischen den Völkerbundsmächten und Rußland. Chamberlain hat auf der gemeinsamen Reise mit Briand darüber eingehend gesprochen, und sie sind wohl auch das Thema gewesen, das der englische Außenminister mit Stresemann erörtert hat. Ganz klar ist die britische Stellung nicht. Sie läßt sich sehr schwer erkennen, vermutlich, weil in London die entgegengesetzten Strömungen noch nicht auszugleichen haben. Chamberlain und Baldwin wünschen keine gewaltsame Entscheidung, deren Ausgang recht zweifelhaft sein könnte, während die Diehards im Kabinett unter Führung von Lord Birkenhead und dem Kolonialminister Amery für einen sofortigen Abbruch eintreten. Ob es zutrifft, daß Chamberlain eine Einheitsfront gegen die Sowjets errichten wollte, läßt sich vorläufig nicht beantworten. Er selbst hat das vor den Vertretern der internationalen Presse lebhaft bestritten. Nur will das wenig besagen. Man hat sogar den Eindruck, daß er sich in dieser Richtung bemühte, und wenn Italien durch Scialoja erklären ließ, daß es den rumänischen Vertrag ratifiziere, so gibt das bei der engen Verbindung zwischen Rom und London immerhin zu denken. Dieser Vertrag stammt aus dem Jahre 1920 und enthält die Garantie Besarabiens als rumänischen Besitz, hat also eine ganz deutliche Spitze gegen Rußland. Scialoja hat zwar bestritten, daß es ein unfreundlicher Akt gegen Moskau sein soll, doch wird man im Kreml es kaum anders deuten. Wenn heute Italien eine Entscheidung trifft, die es sieben Jahre hindurch ablehnte, so läßt sich das nur aus einer Einflußnahme Groß-Britanniens erklären.

In Genf rechnet man jedenfalls mit ziemlicher Bestimmtheit auf einen Abbruch der Beziehungen, der Europa vor die schwierigsten Probleme stellen wird. Auch für uns ist diese Frage geradezu weltgeschichtlich. Wir wissen noch nicht, ob Gerüchte auf Wahrheit beruhen, wonach auch Polen sich auf die englische Seite geschlagen hat, während es bisher hieß, daß die Fäden nach Moskau verstärkt worden seien. Auf jeden Fall hängt davon auch unsere Stellungnahme ab. Wir können unter keinen Umständen unsere Neutralität verlassen. Weder mit Moskau noch mit London dürfen wir uns überwerfen. Aber auch die Vermittlerrolle, die vom Auswärtigen Amt gegen den Daily Telegraph bestritten wurde, könnte uns in eine mehr als peinliche Lage versetzen. So wie sich die Dinge entwickelt haben, bleibt uns gar nichts anderes übrig, als abzuwarten und wenn irgend möglich, mit Frankreich gemeinsam unsere Neutralität zu sichern. Alle Hoffnungen, wonach aus einem solchen Konflikt für uns ein greifbarer Vorteil herausspringen könnte, sind trügerisch. Vor allem aber ist für uns die Frage wichtig, wie sich Polen verhält. An der russischen Seite stellt es eine Bedrohung unserer Ostgebiete dar, die gar nicht unterschätzt werden kann, aus der englischen hätte es zur Folge, daß wir in Zukunft bei der Regelung der deutsch-polnischen Fragen nicht mehr auf Beistand Chamberlains rechnen dürfen.

Das gilt auch dann, wenn der eigentliche Tummelplatz China bleiben soll. Die Ereignisse im Reich der Mitte vollziehen sich mit einem dichten Schleier. Was sich dort abspielt, wird uns durch tendenziös gefärbte Meldungen berichtet. Auch ist wohl eine objektive Darstellung schon deshalb ausgeschlossen, weil es in China drüber und drunter geht. Die Marschälle fallen voneinander ab, finden sich wieder, um sich von neuem zu entzweien, und beim besten Willen läßt sich nichts feststellen, wer jedesmal hinter ihnen steht. Es ist England durch einen geschickten Schachzug gelungen, die Japaner wider ihren Willen zu Truppenlandungen in Schanghai zu zwingen und auch die Amerikaner zur Uebernahme eines Verteidigungsabschnittes zu veranlassen, nur weiß man nicht, ob es sich um dauernde oder vorübergehende Erfolge handelt. Auf jeden Fall wird man diesen Vorgängen ernsteste Aufmerksamkeit zu schenken haben, und wenn es früher hieß, daß selbst Ereignisse auf dem heute so benachbarten Balkan oder in der Türkei uns unberührt ließen, hat dieser Satz keine Geltung mehr. Die Welt ist eben enger geworden und die Völker einander nähergerückt. Das Schicksal eines auch noch so fernen Volkes hat Rückwirkungen, die man bis in die entlegensten Winkel der bewohnten Erde verspürt. China aber ist vollends zum Streitobjekt der Großmächte geworden.

Wohl haben die Amerikaner dem Gedanken einer Seeabrüstungskonferenz eine gewisse Anerkennung verschafft. In Genf wollen sie im Juni sich mit Japan und England über die Beschränkung der Seestreitkräfte unterhalten. Die Wahl des Konferenzortes erfolgte, weil man noch immer glaubt, Frankreich und Italien heranziehen zu können. Selbst wenn sich diese Erwartungen erfüllen sollten, versprechen wir uns für das Endergebnis nichts. Die Abrüstung zur See unterbleibt genau so wie die zu Lande. Auch die Konferenz, die in den nächsten Tagen an gleicher Stelle stattfindet, wird keinen Fortschritt bringen. Deutschland hat von vornherein auf eine Aktivität verzichtet, nachdem der demokratische Vorschlag die Umwandlung unserer Reichswehr in eine Miliz zu verlangen, gescheitert ist. Es spricht sicherlich manches dagegen, aber wir sehen nicht ein, weshalb man den Großmächten die für sie höchst unangenehme Alternative ersparen sollte, entweder uns entgegenzukommen, oder wenigstens offen zuzugestehen, daß man sich über die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinwegsetzt, nach denen der deutschen Abrüstung die der anderen automatisch folgen muß.

Wir hätten einmal hören mögen, was die Rechte gesagt hätte, wenn die deutsche Außenpolitik unter einem Kabinett ohne Deutschnationale so vorsichtig gewesen wäre. Dabei hielt es Graf Westarp noch für notwendig, dem Reichsaußenminister durch seine Frankfurter Rede die Arbeiten zu erschweren. Stresemann hat in Genf den Kollegen klar gemacht, daß es sich bei diesen Ausführungen der Fragen mehr um innerpolitische Gesichtspunkte handelt. Aber sehr begeistert wird er von diesen Darlegungen selbst nicht gewesen sein. Graf Westarp ist schließlich der Führer der größten Koalitionspartei und sollte etwas mehr Verantwortlichkeitsgefühl aufbringen. Daß er zur Frage: Monarchie oder Republik, wieder das bei ihm so beliebte Doppelspiel betrieben hat, kann nicht Wunder nehmen. Der Drang nach der Futterkrippe ist in der Partei zu groß, daß man sie zu Zugeständnissen aufraffen muß. Ebenso groß aber ist die Angst vor den Wählern, denen man dann Sand in die Augen zu streuen versucht. Dadurch entsteht eine Doppelpolitik, die mit deutscher Art nichts zu tun hat. Sie bringt eine Unsicherheit in unsere inneren Verhältnisse und erschwert eine Festigung des Staates, die dringend erforderlich wäre.

Bisher ist die Politik des neuen Kabinetts nicht sonderlich glücklich gewesen. Außenpolitisch wurde nichts erreicht, was übrigens nicht in Erstaunen versetzt, da eine gewisse Atempause immer von Zeit zu Zeit eintreten wird. Innerpolitisch liegt es ganz ähnlich. Zarte Rücksichtnahmen auf die Koalitionsfreunde lähmen bei jedem Schritt. Schon beim Arbeitszeitnotgesetz zeigt sich das. Mit Mühe und Not war es gelungen, ein Kompromiß zustande zu bringen, dem auch die industriell gerichtete Deutsche Volkspartei zustimmte, während die Widerstände bei den Deutschnationalen nicht gar so groß waren. Die Landwirtschaft wird davon weniger berührt, und die gewerkschaftlichen Teile der Partei üben einen starken Druck aus. So schien alles zum besten geordnet. Da hat der linke Flügel des Zentrums, die christlichen Gewerkschaften, ihr Veto eingelegt. Ihm geht das Gesetz nicht weit genug. Der Kuhhandel muß also von neuem beginnen. Wie er schließlich erfolgt, läßt sich noch nicht sagen.

Eines aber steht schon fest. Das Zentrum hat seine Ernte bereits geborgen. Immer neue Posten werden von dieser Partei in Sicherheit gebracht. Im Reichsinnenministerium hat es die Kulturabteilung an sich gerissen, die das Schulgesetz auszuarbeiten hat, im Reichsfinanzministerium stellt es wieder dem Pressechef, und in der Reichskanzlei scheinen neue Veränderungen vorbereitet zu werden, die in die gleiche Richtung gehen. Wenn der Kampf vom Reichsschulgesetz und Konkordat beginnt, hat das Zentrum bereits die Schlacht halb gewonnen. Dazu kommt noch, daß die Annäherung an die Bayerische Volkspartei vollzogene Tatsache ist. Die Verschmelzung ist nur noch eine Frage von Wochen. Mit der Einheitsfront müssen wir also rechnen. Dem gegenüber ist die Opposition vorläufig machtlos, wenigstens solange die Volkspartei nicht ihre liberale Aufgabe erkennt.

Richard May.

Bei unregelmäßiger Post-Bestellung

beschwere man sich stets bei dem zuständigen Postamt, auch dann, wenn dem Leser unsere Zeitung durch den Verlag überwiesen wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270312-19/fragment/page=0001

Reichsschulgesetz und Reichskonkordat.

Forderungen des demokratischen Kulturausschusses.

Daß der Demokratie in diesem Augenblick ganz bestimmte Aufgaben kulturpolitischer Art gestellt sind, wird überall gefühlt. So ist es zu erklären, daß eine Tagung des Kulturausschusses der Demokratischen Partei, die am Freitag in Berlin stattfand, aus allen Teilen des Reiches von den kulturpolitischen Führern der Demokratie stark besucht war. Die Tagung stand unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Professor Dr. Goetz-Leipzig und die beiden Hauptreferate über Reichsschulgesetzgebung und Reichskonkordat hielten Frau Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer und Prof. D. Baumgarten-Kiel.

Frau Dr. Bäumer kennzeichnete die eigenartige kulturpolitische Lage indem sie hervorhob, daß Kundgebungen der Elternbünde an der Tagesordnung sind, die einmal die konfessionelle Schule fordern, und zum anderen das Konkordat ablehnen. Es überwiegt dabei aber doch die Angst, daß durch ein Konkordat auch dem Evangelismus Schaden zugefügt werden könnte und deshalb ist die augenblickliche Stimmung günstig, um den Kampf für die Freiheit der Schule zu führen. Frau Bäumer legte ihren Ausführungen Richtlinien zugrunde, die später von der Versammlung einstimmig angenommen wurden. Der Kulturausschuß fordert darin die Reichstagsfraktion der Partei auf, sich mit erhöhtem Nachdruck auf die Grundgedanken demokratischer Kulturpolitik: die nationale Einheit der demokratischen Kultur, die Schulhoheit des Staates und die Wahrung der freien geistigen Entwicklung einzusetzen. Insbesondere wird gefordert:

1. bei den kommenden Verhandlungen über das Reichsschulgesetz die Wahrung der verfassungsmäßigen Stellung der Gemeinschaftsschule als Regelschule unter voller Berücksichtigung des religiösen Unterrichts, die Sicherung der Staatshoheit die Verhütung einer die Leistungen der Volksschule herabdrückenden Zersplitterung der Schulorganisation, die Wahrung der Beamtenrechte des Lehrers;

2. die Sicherung einer einheitlich, nach den Grundsätzen der höheren Bildung gestalteten Lehrerbildung durch Reichsgesetz;

3. die einheitliche Durchführung der Pflichtberufsschule auf Grund eines Reichsgesetzes;

4. geeignete Maßnahmen des Reiches und der Länder für eine größere Einheitlichkeit des deutschen höheren Schulwesens;

5. der Ausbau der Erziehungsbeihilfen von Reich, Ländern und Gemeinden zu einem lückenlosen und zusammenhängenden System planmäßiger Förderung der Begabten unter starker Berücksichtigung des Fachschulwesens;

6. schleunige Durchführung des Grundschulgesetzes;

7. die Sicherung der im Artikel 147 der Reichsverfassung der Privatschule und ihren Lehrkräften gewährten Rechte durch Reichsgesetz und sonstige für das Reichsgebiet einheitlich zu treffende Maßnahmen.

Im Anschluß an das Referat entwickelte sich eine sehr lebhafte Debatte, in der in der Hauptsache die kulturpolitischen Aufgaben der Demokratischen Partei bei der bevorstehenden Reichsschulgesetzgebung erörtert wurden. An der Debatte nahmen u. a. teil Georg Wolff, Vorsitzender des Deutschen Lehrervereins, Pfarrer Graue, Lic. Moering-Breslau, Oberstudiendirektor Dr. Bohner, vom Preußischen Landtag, der badische Landtagsabgeordnete Hofheinz und Frau Ministerialrat Heinemann.

Mit Spannung wurde dann der Vortrag von Prof. Baumgarten über das Konkordat entgegengenommen. Das Referat war ein leidenschaftliches Aufbegehren des Vertreters des freien Protestantismus gegen den Gedanken, daß durch Abmachungen mit dem Papst aus einer ausländischen Macht die freie geistige Entwicklung Deutschlands gehemmt werden könnte. Nicht nur der Katholizismus habe mit dem Konkordat zu tun, sondern es werde auch auf die evangelische Kirche zurückwirken. Der preußische Kultusminister habe Unrecht, wenn er sage, daß er im Interesse des Staates über das Konkordat verhandeln müsse, weil Lücken der Weimarer Verfassung auszufüllen seien. Die Zugeständnisse, die der Katholischen Kirche in einem Konkordat schulpolitisch gemacht werden müßten, seien zu groß, als daß sich das Konkordat mit der Notwendigkeit der Erledigung anderer Dinge rechtfertigen ließe. Schon melde sich ja auch der Evangelische Kirchensenat mit einer Forderung der weitgehenden Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes. Letzten Endes entscheide über das Konkordat die Haltung der evangelisch-kirchlichen Kreise, die Frage, ob sich dort der Haß gegen das Papsttum einmal in einem guten Sinne politisch auswirke. Wenn das nicht der Fall ist, wird das Konkordat kommen. Und weshalb brauchen wir ein Konkordat? Nur weil die Katholiken keine andere Instanz in Glaubensangelegenheiten haben. Die geistige Welt hat auf ein falsches Pferd gesetzt, als sie sich in den letzten Jahren vom Katholizismus blenden ließ. Die Dotationen, die durch das Konkordat der Kirche zugestanden werden, nehmen ihr die Freiheit. Die Trennung von Staat und Kirche bleibt der Grundsatz der Demokratie, die vornehme und saubere Durchführung dieser Trennung auch auf finanziellem Gebiet ist der Wille des freien Protestantismus. Die Kirche würde sich ganz anders einstellen, wenn sie angewiesen wäre auf die Opferwilligkeit ihrer Glieder.

Auch nationalpolitisch ist das Konkordat eine Gefahr. Wenn wir die Hand dazu reichen dann fallen wir den freien Regungen im deutschen Katholizismus in den Rücken. Die Einstellung des Papstes ist heute wieder antimodernistisch. Für die freie evangelische Forderung aber ist es unerträglich, die Fakultäten unter dem Einfluß der Kirche besetzt zu sehen. Dann macht man den Theologen auf der Universität zu einem Professor niederen Grades. Man untergräbt das Vertrauen zur voruteilslosen theologischen Forschung. Noch schlimmer wirkt sich das Konkordat auch für den Religionslehrer in der Schule. Jetzt ist er Staatsbeamter mit einer Garantie seiner Freiheit, aber nun soll er unter vielfache Kontrolle gestellt werden. Die Lehrer werden protestieren, aber die Lehrer können allein den Protest nicht weit genug tragen. Der freie Protestantismus muß sich im Ganzen zur Wehr setzen.

Wir müssen den Wert der Religion, so kennzeichnete Baumgarten zu Schluß die Grundhaltung des demokratischen Kulturmenschen, anerkennen und fördern, denn die Religion hat ihren Wert für den Einzelnen und für die Gemeinschaft. Zu solcher Aufgabe gehört aber innere Freiheit und Ungebundenheit und ein Mannesmut, der, wenn es nottut, jedem entgegentritt. Wer noch daran glaubt, daß eine deutsche Kultureinheit gewonnen werden könnte, der soll jetzt aufhorchen, ehe der Weg verbaut wird. Verwirrlich aber ist es, wenn es Gebildete gibt, die zwar von sich jeden Zwang fernhalten, aber glauben, daß Geistliche und Lehrer dazu da sind, Altes und Muffiges weiterzutragen. Wir wollen uns gemeinsam entgegensetzen einem Geschick, welches das Deutsche Volk nicht verdient hat.

Nach einer Aussprache, in der auch Reichsminister a. D. Dr. Külz wichtige Aufklärungen gab, wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Der Kulturausschuß der Deutschen Demokratischen Partei sieht in der Beschränkung der Freiheit der deutschen Kulturgesetzgeber durch Konkordate eine Gefahr für die Rechte des Staates, des Volkes und der Volksvertretung, für die Staatshoheit in der Schule und für die Freiheit des Gewissens und des geistigen Lebens. Die Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche, die verfassungsmäßige Berücksichtigung der Konfession in der Schule muß ausschließlich Sache der innerdeutschen Gesetzgebung bezw. der Staatsverträge mit den Landkirchen sein."

Zum Schluß der Tagung, die von den ersten Nachmittagsstunden bis in die späten Abendstunden außerordentlich anregend verlief, wurde ein Ausschuß eingesetzt, bestehend aus den Herren Baumgarten, Wolff, Dr. Behrend, Graue und Tews und Frau Dr. Bäumer. Diesem Ausschuß ist die Aufgabe gestellt, die demokratische Kulturpolitik in der nächsten Zeit mit Klarheit vorwärtszutreiben. Die Tagung war ein energischer Auftakt für diese Arbeit.

Das neue Preußische Polizeibeamtengesetz.

Nach dem neuen Preußischen Polizeibeamtengesetz sollen die beim ersten Aufbau der Schutzpolizei vorgesehenen Grundgedanken der einheitlichen Polizei zur Durchführung kommen. Dabei soll grundsätzlich jeder tüchtige in die Schutzpolizei eintretende Anwärter in ihr oder einem anderen Polizeidienstzweig auch seinen Lebensberuf finden. Von dem bisherigen Versorgungssystem konnte daher bei der Neuregelung abgesehen werden.

Die Schutzpolizeibeamten werden in das allgemeine Beamtenrecht eingegliedert, soweit die besonderen Dienstverhältnisse der Polizei dies zulassen. Dieser letzte Absatz hat eine vielsagende Bedeutung. Hier tritt der Pferdefuß hervor.

Es wird das Gesetz in der vorliegenden Form den Polizeibeamten, insbesondere den jüngeren Schutzpolizeibeamten, eine herbe und bittere Enttäuschung bringen.

In dem neuen Gesetz befindet sich weiterhin das Eheverbot während der ersten 7 bis 8 Jahre. Darüber hinaus enthält das Gesetz die Vorschrift, daß der Minister über die Art der Besoldungsbezüge im Einvernehmen mit dem Finanzminister für die Schutzpolizei besondere Bestimmungen erlassen kann, also, wenn alle übrigen Beamten die Gehälter monatlich im voraus — später vielleicht sogar wieder vierteljährlich im voraus — erhalten, kann der Minister für die Schutzpolizei anderes, d. h. kurzfristigere Zahlung, z. B. wie bei der Reichswehr die Löhnung alle zehn Tage, anordnen. Die Kündigungsklausel und Kündigungsbestimmungen für die Schutzpolizei sind so gehalten, daß jeder Schutzpolizeibeamte täglich von einem Vorgesetzten, der ihm nicht wohl will und dessen Wohlwollen er sich nicht erwerben oder erhalten konnte, aus der Schutzpolizei und damit aus seinem Beamtenverhältnis entfernt werden kann.

Der bisher so viel bekämpfte § 11 des Schutzpolizeibeamtengesetzes findet sich in dem neuen Gesetz wörtlich wieder. Er macht den Polizeibeamten zu einem willenlosen Werkzeug in der Hand des Vorgesetzten. Darüber hinaus können die Beamten gekündigt werden nach Ableistung einer 12jährigen Dienstzeit, wenn eine unkündbare Beamtenstelle für sie nicht frei ist. Darüber, ob und wann und für wen eine unkündbare Stelle frei ist, entscheidet natürlich der Dienstvorgesetzte.

Die Beamten, die ohne ihr Verschulden entlassen werden, können ein Entlassungsgeld in Höhe von 2 400 Mark erhalten. Die Beamten der Schutzpolizei und die Angehörigen der Reichswehr, die nach Ableistung der 12jährigen Dienstzeit nach dem Schutzpolizeibeamtengesetz oder nach dem Reichsversorgungsgesetz mit Versorgung ausschieden, erhielten bisher den Polizeiversorgungsschein, 1 500 Mark einmalige Uebergangsbeihilfe und drei Jahre lang laufende Uebergangsgebührnisse, und zwar in Höhe von sechs Achtel, fünf Achtel und vier Achtel des zuletzt bezogenen Diensteinkommens, dazu die Frauen- und Kinderzulagen. Die Beamten, die auf den Versorgungsschein verzichteten und ins Privatleben übertreten wollten, bekamen bei Abgabe des Zivilversorgungsscheins 3 000 Mark. Sie konnten weiter die Kapitalisierung der laufenden Uebergangsgebührnisse beantragen und erhielten im Durchschnitt bei ihrem Ausscheiden und Verzicht auf die Beamtenlaufbahn die Summe von 9 000 Mark. Die Angehörigen der Reichswehr erhalten diese Versorgung weiter, aber die Polizeibeamten, die sich bei der Wahrnehmung ihres Dienstes ganz besonders in den Dienst des Volkes, in den Dienst des neuen Staates und der Republik gestellt und ihre Verfassungstreue bewiesen haben, erhalten nun deswegen nicht mehr 9 000 Mark, sondern als Dank der Deutschen Republik nur 2 400 Mark. Damit erlischt jeder weitere Anspruch auf eine Beamtenstelle oder anderweitige Versorgung. Damit sind die Beamten der Schutzpolizei bedeutend schlechter gestellt als die Angehörigen der Reichswehr. Es scheinen bei Abfassung dieser Bestimmungen doch Kräfte am Werke zu sein, die der verfassungstreuen Schutzpolizei, die sich in dieser Beziehung der Reichswehr gegenüber besonders gut ausgezeichnet hat, den besonderen Dank der Republik auf diesem Wege abzustatten. Der Reichswehr würde man eine solche Regelung nicht zu bieten wagen.

Volkstrauertag.

Die republikanischen Frontkämpfer zum Gedenktage der Kriegsopfer.

Von Carl Thon-Cöthen (Anhalt).

Kein schönerer Tod ist auf der Welt, als wer vorm Feind erschlagen. Mit diesem Ausspruch glaubte man ehedem den Tod auf dem Schlachtfelde mit einem Glorienschein zu umgeben, ja man suchte sogar damit Begeisterung zu entflammen für ein Handwerk, welches heute von jedem gesitteten Menschen verachtet wird. Der Weltkrieg war der Gipfel aller Scheußlichkeiten und darum ist er zu verdammen. Wenn daher die republikanischen Frontkämpfer, vereinigt im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, an diesem Gedenktage im Geiste bei den gefallenen Kameraden verweilen, so läßt sich eine gewisse Bitterkeit nicht unterdrücken, wenn man an die letzten vier Schreckensjahre der Monarchie zurückdenkt. Wir ehemaligen Frontkämpfer, die wir heute der Republik unser Sinnen und Trachten geweiht haben, brauchen uns durchaus nicht zu schämen, wenn wir in den Augusttagen 1914 auch von der Begeisterung mitgerissen wurden. Was wußten wir von dem Wesen des Krieges? Walter Rathenau hat die Zeit treffend gezeichnet, indem er schrieb: „Wer waren die, die am 1. August 1914 jubelten? Es waren so gut wie alle. Es waren manche gute Sozialisten darunter. Das sind keine Vorwürfe, sondern Erinnerungen!" Jetzt nach Jahren kommt auch einem größeren Kreise des deutschen Volkes zum Bewußtsein, daß schon damals, als der Krieg ausbrach, manches im alten Regime faul und morsch gewesen sein muß. Es tritt heute klarer denn je zutage, daß auch die Throne und Thrönchen nicht mehr fest verankert gestanden haben. Es sei hier eines Werkes gedacht, betitelt „Jena oder Sedan?" welches den Sozialisten Franz Adam Beyerlein zum Verfasser hat. Dieses erschien einige Jahre vor dem Kriege und schilderte, daß das deutsche Volk zu einem „Jena" geführt werden muß, wenn die Zustände im Heere nicht geändert würden. Der Ausgang des Krieges zeigt, daß Beyerlein nicht zu unrecht gehabt hat. Wie notwendig es war zu fordern, daß die heutige Wehrmacht auf anderer Grundlage gestaltet werden muß, wird die kommende Zeit lehren. Vielleicht verhallen die Warnungen der Republikaner Wirth, Haas, Lobe nicht ganz ins Leere. Wir alten Frontsoldaten haben daher diesen Mahnruf aufgegriffen und tragen ihn in alle Schichten unseres Volkes.

Der Krieg war bestimmt keine Badekur, für den Frontkämpfer war er ein furchtbares Erleben. Für die Angehörigen der Todgeweihten eine Seelenqual, ein Hangen und Bangen um das Schicksal des Vaterlandverteidigers. Wir ersehen diese Zeit niemals wieder zurück. Darum sind wir Frontsoldaten, die wir zur deutschen Republik stehen, zu der besseren Erkenntnis gelangt, daß es eine wahre vaterländische Tat ist, wenn wir für die Befriedung Europas eintreten. Wir hegen daher die Hoffnung, daß sich der Verständigungswille unter den Völkern immer mehr durchsetzen wird — trotz mancher Rückschläge, wir glauben ferner, daß auch die anderen Kulturvölker der Welt noch davon abkommen werden, sich gegenseitig zu zerfleischen, wenn auch jetzt der ferne Osten ein entgegengesetztes Verhalten zeigt. Kampf hat es immer gegeben und weitere Kämpfe werden im Völkerleben nie verschwinden, aber die Methoden, die zur Anwendung gelangen, können bestimmt geändert werden. Darum muß die Demokratie die Welt weiter erobern und mit ihrem Geiste erfüllen.

In allen Orten unseres Vaterlandes, unserer deutschen Republik, wird man heute der gefallenen Kameraden und der sonstigen Kriegsopfer gedenken. Rund zwei Millionen deutscher Volksgenossen sind als Tote zu beklagen, dazu kommen die vielen Verwundeten, Blinde, Krüppel und solche, die unseren Augen durch Lazarettmauern entzogen sind. In ihren Schmerzensschreien verfluchen sie den Krieg. Auch wir republikanischen Frontkämpfer, die wir im Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold" unseren Zusammenschluß gefunden haben, fluchen dem Mord und Blutvergießen, fluchen derer, die den Krieg vom Zaune brachen. Wir verdammen jene wahnsinnig gewordenen Kadetten, die bis zum Weißbluten durchhalten wollten. Mit der größten Verachtung weisen wir auf jenen Menschen hin, der sich von einem höheren Wesen eingesetzt wähnte und doch, wie es der österreichische Minister Stürgk aussprach, nur ein großer Komödiant war. Er war kein Vorbild für die kämpfende Truppe. Als man ihm anriet, an der Spitze seiner Fronttruppen mit diesen gemeinsam zu sterben, da ergriff er die Flucht. Auch das hat sein Gutes gehabt, er gab kommenden Geschlechtern den Nachweis, daß es doch besser ist zu leben, als den Heldentod zu sterben.

Wenn sich am heutigen Volkstrauertage die schwarz-rot-goldenen Banner der Republikaner an den Gedenksteinen unserer Gefallenen senken, so geschieht dieses mit dem Gelöbnis: „Krieg dem Kriege!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270312-19/fragment/page=0002

Die Behauptung in der amtlichen Erklärung, daß nunmehr das Beamtenverhältnis für die Schutzpolizeibeamten geschaffen ist, ist eine Behauptung, die keinerlei Inhalt hat und keinen Anspruch darauf erheben kann, ernst genommen zu werden. Daß man bei Abfassung der amtlichen Erklärung sich dessen bewußt war, geht aus dem Nachsatz hervor, der da lautet: „soweit die Dienstverhältnisse der Polizei dies zulassen".

Für die unkündbar angestellten Beamten bringt das neue Gesetz eine Kürzung der Lebensdauer im Dienst um fünf Jahre. Die Beamten werden nach dem neuen Gesetz nicht mehr mit dem 65., sondern mit dem 60. Lebensjahr ohne den Nachweis der Dienstunfähigkeit in den dauernden Ruhestand versetzt. Dieses bedeutet weiter eine Vermehrung der Pensionslasten der Steuerzahler. Warum versetzt man Beamte in den Ruhestand, die noch dienstfähig sind? Warum nimmt man den Beamten das volle Diensteinkommen und entfernt sie aus dem Dienst, wenn sie noch dienstlich verwendbar sind? In der Regel müssen diese Beamten, da sie sowieso bis dahin sehr kärglich besoldet werden, sich nach einer Nebenbeschäftigung umsehen, und da sie bereits ein Einkommen aus der Pension haben, werden sie als Lohndrücker gegen andere Arbeitnehmer in den Konkurrenzkampf treten und dadurch die Zahl der Arbeitslosen vermehren.

Die Polizeioffiziere werden nach wie vor vom Leutnant bis zum Hauptmann bereits mit dem 49. Lebensjahr, vom Major ab mit dem 51. Lebensjahr und vom Oberst ab mit dem 55. Lebensjahr in den Ruhestand versetzt. Die hier aufzuwendenden Pensionslasten steigen von Jahr zu Jahr. Auch hier werden noch vollkommen dienstfähige Leute mit einer hohen Pension gegen ihren Willen zu Staatsrentnern gemacht.

In dem ganzen Gesetzentwurf findet man keinen Satz und keinen Gedanken des neuzeitlichen Staatswesens, kein Wort von der Wirkung der Beamtenvertretung bei Regelung der persönlichen Angelegenheiten der Beamten. Das Gesetz ist rückschrittlicher denn je. Vom Geist der Weimarer Verfassung ist nichts zu spüren.

Die Bestimmungen über die Disziplinarvorschriften dieses Gesetzes sind so gehalten, daß sie dem wirtschaftlich Schwächsten weniger Schutz gewähren, als das Gesetz vom Jahre 1852. Diese bedauerliche Tatsache ist für die Republik außerordentlich betrübend und nicht geeignet, ihr Freunde und Anhänger zu gewinnen. Man erkennt daran aber auch die Nebenregierung in der Republik.

Durch dieses Gesetz kann der neue Staat sich das Vertrauen der Polizeibeamtenschaft nicht erringen. Die Polizeibeamtenschaft muß dieses Gesetz als einen außerordentlich schweren Schlag derjenigen Kräfte und Elemente in der heutigen Regierung ansehen, die das verfassungstreue Verhalten der Polizei bisher stets nur unangenehm empfunden haben. Welche Kräfte am Werke waren, um ein derartiges Gesetz zu schaffen, wird sich ja bei den Verhandlungen im Preußischen Landtag klarstellen lassen. Es muß jedoch mit aller Deutlichkeit verlangt werden, daß der Geist der Weimarer Verfassung und der Wille zur Freiheit und Gleichberechtigung des Menschen in diesem Gesetz zum Ausdruck kommt. Es ist das erste Beamtengesetz, das von der republikanischen Regierung geschaffen wird, die republikanischen Abgeordneten des preußischen Landtages werden bei der Beratung dieses Gesetzentwurfes alles tun müssen, um an Stelle dieses reaktionären ein freiheitliches, vom sozialen Geist zeugendes Gesetz zu schaffen.

*

Wie überall im Lande, so waren auch die Magdeburger Polizeibeamten am Donnerstag, den 3. März ds. Js., zu einer öffentlichen Protestkundgebung, die in der „Freundschaft" stattfand und sehr stark besucht war, aufgerufen. Das Hauptreferat hielt Verbandssekretär Winkler-Berlin. Wir können uns auf einige Sätze beschränken. Unsere Leser ersehen aus dem obenstehenden Artikel, aus der Feder von Ernst Schrader-Berlin, worauf es ankommt. Die Polizeibeamten sollen, das geht aus der Tendenz des Entwurfs hervor, zweifellos bedeutend schlechter gestellt werden, als es bisher der Fall war. Die Demokraten sind für die Erhaltung des Berufsbeamtentums öffentlich rechtlicher Art, das zweifellos für eine Republik eine Staatsnotwendigkeit geworden ist. Die Beamten müssen eine materiell und dienstlich gesicherte Stellung haben und außerdem muß ihnen ein Rechtsanspruch auf Pension und Hinterbliebenenfürsorge gesichert sein. Der Entwurf läßt zweifellos diese Gesichtspunkte weitestgehend außer acht. Wundern muß man sich allerdings, daß im Jahre 1927 noch an ein Eheverbot gedacht wird. Es ist deshalb zu verstehen, wenn die Polizeibeamten in ihrer Gesamtheit sich gegen diesen Entwurf wenden.

In der Besprechung des Vortrages haben die Vertreter der **Deutschnationalen Volkspartei** und der **Deutschen Volkspartei** durch billige Erklärungen um die Gunst der Beamten geworben. Es war wirklich lächerlich, die Art zu verachten, wie die beiden Vertreter sich bei den Beamten zu machen versuchten. Jeder Polizeibeamter weiß, daß die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei außerhalb der Regierungskoalition stehen und daß ihre Vertreter ohne jede Verantwortung „ihre Sympathien" für die Polizeibeamten zum Ausdruck bringen. Gegen diese „billigen Brombeeren" wandte sich der Vertreter der Deutschen Demokratischen Partei Parteisekretär Münz. Er wies darauf hin, daß die Deutsche Demokratische Partei durch ihre Vertreter, den Abgeordneten Barteld und Rawe sich stets um die Belange der Polizeibeamten bemüht habe und daß die Deutsche Demokratische Partei in eine sachliche Prüfung des Entwurfs eintreten wird. Sie wird trotz Regierungspartei keinem Gesetz zustimmen, das derart unsozial wirken muß, als der vorliegende Entwurf. Die Demokraten haben wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß sie auch für die Polizeibeamten restlose Eingliederung in das allgemeine Beamtenrecht verlangen. — Die Polizeibeamten tun wirklich gut, zu versuchen, mit Hilfe der Regierungsparteien ihre Forderungen zu verwirklichen.

Die republikanische Linie.

Zugleich ein sozialpolitischer Streifzug.

Von Hugo Schmidt-Magdeburg.

Die republikanische Flagge ist sicher von gewissen Mitgliedern der neuen Reichsregierung ohne große Begeisterung aufgezogen worden. Nur der nicht zu unterdrückende Wille zur Macht vermochte die Bedenken zu zerstreuen, die beim Zeigen der schwarz-rot-goldenen Flagge und beim Treueid zu derselben sich natürlicherweise in der Brust monarchistisch gesinnter Männer hätte regen müssen. Nun ist die Flagge gehißt. Das bedeutet: Die Deutsche Republik wird auch von denen anerkannt und geschützt, die noch vor kurzer Zeit daran nicht denken mochten.

Die Deutsche Republik hat somit in breiter Front ihren Marsch angetreten. Die schwarz-rot-goldenen Farben wehen in langer Linie und grüßen das Land der deutschen Zukunft, dem wir entgegenschreiten.

Die Zukunft unseres Volkes ist vor allem eine sozialpolitische Frage. Wenn es uns gelingt, eine soziale Gesundung herbeizuführen, dann ist die deutsche Zukunft gesichert. Verschärfen sich die sozialen Gegensätze, dann wachsen die sozial bedingten Gefahren, dann schwindet die Kraft unseres Volkes.

Deshalb liegt die Frage vor uns, welche sozialpolitischen Zeichen durch die Republik gegeben sind. Welche Bürgschaften bietet die republikanische Staatsform in sozialpolitischer Hinsicht?

Die älteste Republik modernen Stils ist das englische Weltreich. Kein Politiker von Rang sieht in den Resten des englischen Königtums eine beachtliche Bedeutung der republikanischen Staatsform. Hat doch der Präsident der Vereinigten Staaten ein weit größeres Maß von unmittelbarer Macht in Händen als der englische König. Fast 2,5 Jahrhunderte lang konnte sich das englische Reich nach den Gesetzen des parlamentarischen Regierungssystems entwickeln und innerpolitisch gestalten. Wenngleich das englische Wahlrecht zu manchen Zeiten erhebliche Schwächen aufgewiesen hat, so war doch die allgemeine Erziehung zur politischen Gesinnung für das gesamte Volk durch das Wahlrecht gegeben. Der „beschränkte Untertanenverstand" ist in England seit Jahrhunderten überwunden. So ist erreicht worden, daß auch der englische Arbeiter auf die Frage nach der Staatszugehörigkeit mit nationalem Stolze antwortet: **„Ich habe die Ehre, ein Engländer zu sein."**

Die wirtschaftlichen Gegensätze sind in England sehr groß. Neben dem Industriefürsten und dem Besitzer kolonialer Liegenschaften von größter Ausdehnung lebt der besitzlose Arbeiter. Aber trotzdem konnten sich in England nicht die entsprechenden tiefklüftigen sozialen Gegensätze ausbilden. Die Besitzenden und die Besitzlosen bringen sich in England ein besseres wechselseitiges Verstehen entgegen. Deshalb hat der marxistische Sozialismus während der ersten 6 Jahrzehnte seines Daseins dort fast keinen Boden gewinnen können. Dazu kam, daß der Wohlstand in England weitergehend die Lebensführung der unteren Gesellschaftsschichten beeinflußte.

Gewiß, dieser Wohlstand floß zu einem großen Teile aus den Kolonien. Aber die Ausspannung des Kolonialreiches über den Erdball vollzog sich unter dem Regime des parlamentarischen Systems. Parlamentarier waren es, die frühzeitig jene bedeutsamen Handelsspannungen zwischen den Erdteilen politisch ausnützten. Als die deutschen Fürstenkabinette noch ihre Hauptaufgabe darin sahen, den legitimen Heiratsmarkt der europäischen Fürstenhäuser zu überwachen, und zu lenken, besaßen sich der englische Staatsmann, die kommerziellen Tatsachen zu politischen Fakta überall dort umzuformen, wo der englische Kaufmann Fuß gefaßt hatte. Diese weitschauende politische Arbeit kam nicht nur einzelnen Großen, sondern dem gesamten Volke zugute, sie trug somit sozialpolitischen Charakter.

Als während der letzten Jahrzehnte vor dem Weltkriege der deutsche Arbeiter sein Hungerdasein zu trösten hatte, konnte der englische Arbeiter in gesunden Wohnungen und auf großen Sportplätzen menschenwürdig leben. Das englische Arbeitervolk ist gesund an Leib und Seele. Soziale Nöte, wie wir sie in Deutschland seit Jahrzehnten wachsen sehen, kennt der Engländer nicht in dem gleichen Ausmaße. Das sozial versunkene Proletariat ist in England verhältnismäßig klein. Lohnkämpfe werden von beiden Seiten mit einem gewissen sportlichen Interesse verfolgt, infolgedessen wird ein hohes Maß von Objektivität gewahrt. Der Lohnkampf aus schwerer Not ist keine Alltagserscheinung.

Die zweitälteste Großrepublik neuzeitlicher Form finden wir in den Vereinigten Staaten. Auch hier größte wirtschaftliche Gegensätze, aber auch hier günstige Bedingungen für ein soziales Verstehen. Die moralische Verpflichtung des Besitzenden für den Besitzlosen ist beim Amerikaner nach der materiellen Seite, wenn auch in eigenartiger Form, durch die Tat oft genug nachgewiesen worden. Die Wohlfahrtsdirektionen der amerikanischen Großwerke leisten seit langer Zeit Mustergültiges. Aehnliches und Gleichwertiges haben wir bei uns nur in der „Zentrale für private Fürsorge" in Frankfurt a. M. an die Seite zu stellen. In den Vereinigten Staaten versteht es sich für jedes Großwerk von selbst, daß ein Wohlfahrtsdirektorium alle sozialen Fährnisse und Besserungsmöglichkeiten studiert und praktisch in Angriff nimmt.

So hat auch in den Vereinigten Staaten der marxistische Sozialismus keinen wahren Boden gefunden. Der amerikanische Durchschnittsarbeiter versteht den sozialistischen Fanatiker des Auslandes nicht. Für ihn ist Amerika das Land der freien Arbeit, das er mit keinem anderen der Erde vertauschen möchte.

Die Arbeiterfamilie der Vereinigten Staaten lebt unter gesunden Bedingungen. Das amerikanische Volk, soweit die weiße Rasse in Frage kommt, ist gesund an Leib und Seele.

Die dritte Großrepublik, die vom Aermelkanal bis an die heißen Sumpfgestade Kameruns reicht, ist Frankreich. Seit fast 6 Jahrzehnten wirkt sich auch dort die parlamentarische Regierungsform aus und — hat ein Weltreich geschaffen. Mit zäher und gleichgeformter Energie haben die französischen Staatsmänner der verschiedensten Kabinette ihr Ziel im Auge behalten. Die französische Republik steht zwar in sozialpolitischer Hinsicht längst nicht so gefestigt da wie die anderen beiden Großrepubliken, aber in einem sind sich alle französischen Gesellschaftsschichten einig, in der glühenden Verehrung des republikanischen Gedankens. Die verschwindenden Ausnahmen bestätigen die Regel. Diese innerpolitische Festung wird allen sozialen Stürmen trotzen, weil die parlamentarische Regierungsform erlaubt, daß explosive Spannungen im Gebiet der sozialpolitischen Kampfregion die notwendigen Entladungen finden können.

So hat der republikanische Gedanke glänzende Siege aufzuweisen. Nicht nur extensive Erfolge, sondern auch sozialpolitische Ergebnisse von weittragender Bedeutung lassen sich nachweisen. Ein gesunder sozialer Kern ist überall aufzufinden. Gesellschaftliche Fäulnis unter einer glänzenden Schale ist in einem Staate mit einer Volksregierung eben nicht so leicht möglich. Unzufriedenheit findet Auswege, Mißstände kommen ans Licht. Gewiß, die Geschichte der Republiken ist nicht arm an sogenannten Skandalen, aber es ist besser, daß die Mißstände rechtzeitig bekannt werden, als daß sie nach einem grausigen Zusammenbruch um Jahrzehnte zu spät gen Himmel schreien.

Die republikanische Linie ist also nicht nur äußerlich im Steigen begriffen, sie weist auch auf sozialpolitischem Gebiete Richtwege, die aus den Nöten der Gesellschaftskämpfe herausführen können. Sie zeigt, daß ein schwankender und geteilter Wille zur Staatsform zur sozialen Entfremdung, daß dagegen freudige Bejahung der Republik zur Entbindung aller latenten Volkskräfte führen muß. Solche Befreiung der Volkskraft ist zugleich die Befreiung des Vaterlandes.

Berufsverbände und Steuerveranlagungen

Ein scharfer Erlaß des Reichsfinanzministers.

Der Reichsminister der Finanzen hat in einem Erlaß an die Präsidenten der Landesfinanzämter darauf hingewiesen, daß die Mitwirkung der Berufsvertretungen und Berufsverbände bei den Veranlagungsarbeiten nicht dazu führen dürfe, daß die Vorschläge dieser Verbände ohne weiteres als maßgeblich anerkannt würden. Die Mitwirkung darf unter keinen Umständen dazu führen, daß sich die Finanzbehörden gewissermaßen die Führung aus der Hand nehmen lassen und die Forderungen der Verbände — und wäre es auch nur um des Friedens willen — ohne weiteres hinnehmen.

In dem Erlaß des Reichsfinanzministers heißt es weiter: Angehörige der Berufsverbände gehören auch in weitem Umfange den Steuer- und Bewertungsausschüssen an. Es ist Pflicht des Ausschußmitgliedes, ohne Ansehen der Person, lediglich nach sachlichen Gesichtspunkten zu urteilen. Die Mitglieder haben auch die Verhandlungen des Ausschusses strengstens geheim zu halten. Es ist hiernach insbesondere — wie es in bestimmten Bezirken vorgekommen ist — unzulässig, daß die Steuerausschußmitglieder ihre Stimme nach irgendwelchen Weisungen, die sie von dritter Seite vor den Ausschuß-Sitzungen erhalten haben, abgeben und daß sie über den Gang der Sitzungen und die Art der Abstimmung Mitteilungen machen. Aufgabe des Finanzamtsvorstehers wird es sein, nötigenfalls die Ausschußmitglieder auf ihre Pflicht und auf die Straffolge bei einer Pflichtverletzung hinzuweisen. Wird die Schweigepflicht verletzt, so ist die Einleitung des Strafverfahrens zu prüfen. Sollten sich in Zukunft Fälle ereignen, in denen die Mehrheit der Ausschußmitglieder ihre Stimmen nach bestimmten Weisungen abgibt und infolgedessen die Gleichmäßigkeit der Veranlagung oder der Bewertung gefährdet ist, so ist unverzüglich darüber zu berichten, damit das Reichsfinanzministerium die nötigen Maßnahmen treffen kann. Der Finanzamtsvorsteher hat in der Ausschuß-Sitzung zu prüfen, ob in solchen Fällen die Sitzung abzubrechen und bis zum Empfang näherer Weisungen zu vertagen ist.

Was kostet eine bäuerliche Siedlerstelle?

Im Preußischen Landtage machte Landwirtschaftsminister Steiger zur ländlichen Siedlung folgende Ausführungen:

Aus Reichsmitteln, von denen jährlich 50 Millionen zur Verfügung stehen, sind in diesem Jahre bereits 104 112 Morgen für 22 266 613 Mark angekauft worden; mit preu-

Landtagsabgeordneter Hartmann

spricht am Sonntag, den 13. März vormittags 11 Uhr in der **Freundschaft** (Prälatenstraße 32).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270312-19/fragment/page=0003

bischen Mitteln (40 Millionen pro Jahr) sind 58 452 Morgen gekauft, wofür 9 641 790 Mark bezahlt worden sind.

Die Kosten und die Belastung einer 50 Morgen großen bäuerlichen Siedlerstelle berechnete der Minister folgendermaßen:

Preis des Grund und Bodens einschließlich der Siedlungszuschläge 250 Mark je Morgen	12 500 Mk.
Gebäudekosten ebenfalls	12 500 Mk.
Inventar und Betriebskapital	5 000 Mk.
Zusammen:	30 000 Mk.

Auf den Grund und Boden werden 90 Prozent Reichskredit bewilligt. Er ist mit 3,5 Prozent zu verzinsen und mit 0,5 Prozent zu tilgen. Daraus ergibt sich eine jährliche Belastung von 450 Mark.

Das Hauszinssteuerdarlehen von 6 000 Mark ist mit 1 Prozent zu verzinsen, gleich 60 Mark. Dazu 90 Prozent Reichskredit für den Rest von 6 500 Mark, wieder mit 4 Prozent zu verzinsen und zu tilgen, gleich 234 Mark. Jährliche Zinsen und Tilgungsbelastung 744 Mark oder je Morgen 14,88 Mark. Dabei ist ein Verwaltungskostenbeitrag von zurzeit ein Achtel Prozent unberücksichtigt gelassen. Die Belastung wird sich erhöhen, wenn der Zwischenkredit in Dauerkredit umgewandelt wird. Dieser Kredit wird anstatt 3,5 Prozent voraussichtlich 4,5 Prozent Zinsen verlangen. Damit erhöht sich die Zinsenlast um 171 Mark, je Morgen 3,42 Mark, beträgt also insgesamt je Morgen 18,30 Mark. Das ist die Last, mit der der Siedler zu rechnen hat.

Voraussetzung bei dieser ganzen Rechnung ist, daß der Siedler selbst ein eigenes Kapital bezw. Inventar im Werte von 6 900 Mark in die Siedlung bringt.

Besonderes Gewicht muß darauf gelegt werden, daß die Hauszinssteuer-Hypothek von 6 00 Mark, die nur mit 1 v. H. zu verzinsen ist, dauernd zur Verfügung steht. Die Bereitstellung dieser Mittel für die bäuerliche Siedlung ist ebenso wichtig, wie für den Wohnungsbau. Hier wird nicht nur Unterkommen geschaffen, sondern auch eine unmittelbare Nahrungsstelle.

Würde das Hauszinssteuer-Darlehen nicht mehr zur Verfügung stehen, dann wäre die Siedlung zweifellos in hohem Maße gefährdet. Es würde sich dann weiter die Zinslast um 3,5 Proz. v. H. von 6 000 Mk., gleich 210 Mark erhöhen, also um 4,20 Mark pro Morgen und die gesamte Zinsbelastung betrüge nunmehr 22,50 Mark.

Für die Siedlung von Guts- und Landarbeitern, von denen man eine Anzahlung auf Inventar und Betriebskapital nicht erwarten könnte, müßten weitere Einrichtungskredite zur Verfügung gestellt werden. Der Minister vertrat den Standpunkt, daß solche Kredite bis zum Höchstbetrage von 5 000 Mark zinsfrei gegeben werden müßten, und vom fünften Jahre an eine jährliche Tilgung mit 2 v. H. in Betracht käme.

Die von den Siedlern erwartete Tilgung und Verzinsung der Siedlungs-Darlehen mahnen zur Vorsicht. Der Minister gab bekannt, daß z. B. sämtliche Staatsdomänen östlich des polnischen Korridors, 219604 Morgen, im Durchschnitt nur 5,20 Mark bringen, darunter die besten Domänen im Regierungsbezirk Marienwerder, 21 576 Morgen, nur 6,96 Mark je Morgen. Daraus sei zu schließen, daß die Zinsenlast für die bäuerliche Siedlung noch weiter heruntergesetzt werden müsse, wenn die Siedler auf dem neuen Besitz erhalten bleiben sollen.

D. D. P.
Magdeburg

Gruppe Handwerk und Gewerbe.

Mittwoch, den 16. März, abends 8 Uhr

in den

Altstädter Bürgersälen

Apfelstraße 9

Reichstagsabgeordneter

Obermeister Bartschat

spricht über

Wer hilft dem Mittelstand

Angehörige des Mittelstandes haben Zutritt.

Soziales

Die Gewerkschaften gegen den Regierungsentwurf zur Arbeitszeit!

Der dem Reichstag vorgelegte Regierungsentwurf zur Abänderung der geltenden Arbeitszeitverordnung läßt die von den Gewerkschaften aller Richtungen erhobene Forderung nach Wiederherstellung des Achtstundentages völlig unberücksichtigt. Er ändert nichts an der unverträglichen Rechtslage, daß die regelmäßige tägliche Arbeitszeit bis zu 10 Stunden und darüber hinaus ausgedehnt werden kann. Von ihm ist daher in keiner Weise der Erfolg zu erwarten, den die Gewerkschaften mit ihrer Forderung insbesondere erreichen wollten: die Minderung des Arbeitslosenheeres. Der Regierungsentwurf bringt weder Arbeitenden, noch Arbeitslosen nennenswerte Vorteile. Er bringt sogar teilweise erhebliche Verschlechterungen.

Die Gewerkschaften erklären daher einmütig, de diese von der Regierung geplante Arbeitszeitregelun nicht im mindesten den berechtigten Wünschen der Arbe ter und Angestellten entspricht und daß sie nichts vo dem erfüllt, was alle Gewerkschaften, einschließlich de christlichen, gefordert haben. Sie geben ihrer Erwartun Ausdruck, daß die Fraktionen des Reichstages sich d Tatsache bewußt sein werden, daß hinter den Forderunge der Gewerkschaften auch heute noch der einmütige Wil der gesamten Arbeiter und Angestellten steht, wenn au aus politischen Gründen der christliche Deutsche Gewer schaftsbund glaubt, diese Erklärung nicht unterzeichne zu können.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes,

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- u Beamtenverbände,

Der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbunde

Wieviel Bankbeamte gibt es?

Die Januar-Ausgabe der vom Deutschen Bankbeam ten-Verein herausgegebenen Zeitschrift veröffentlicht d Ergebnisse einer höchst interessanten Statistik, die vo Reichsverband der Bankleitungen veranstaltet wurd Danach waren am 1. Oktober vor. Js. bei den angeschlo senen Instituten insgesamt noch 66 207 Angestellte vo handen. Von diesen hatten 11,97 Proz. ein Lebensalt von unter 20 Jahren; 38,62 Proz. ein solches von 20 b 30 Jahren; 14,71 Proz. ein solches von 30 bis 35 Jahre 11,70 Proz. standen im Alter von 35 bis 40 Jahren, u 23 Prozent hatten dieses Lebensalter überschritten. D Redaktion des Bankbeamten-Organs schätzt die Zahl de jenigen Angestellten, die in Bankbetrieben außerhalb d Reichsverbandes der Bankleitungen beschäftigt sind, a höchstens 20—24000, so daß in dem Gewerbe gegenwärt nicht mehr als 90 000 Arbeitnehmer beschäftigt sein dürf ten. Ende 1923 wurde deren Zahl auf rund 230 000 g schätzt.

Neue Bücher

Der **Almanach 1927** des Chr. Kaiser Verlages Münch tritt zum zweiten Male seine Reise an, nachdem er bere im Vorjahre sich viele gute Freunde erworben. Das schmu kleine Heftchen bringt als Originalbeiträge diesmal ein wi tiges Stück aus Luthers Römerbriefvorlesu von 1515 aus dem Lateinischen übersetzt, einen Beitrag v Karl Barth: Der Charakter des Jakobusbri fes, sowie Erinnerungen an den bedeutenden Kirchenpr denten Hermann Bezzel von Georg Merz, ferne je eine Bildgabe von Karl Barth, Franz von Band Hermann Bezzel, Kierkegaard und Theod. Harnad und so nur 20 Pfg. Ein beigegebenes ausführliches Verzeich aller Veröffentlichungen zeigt, daß der Chr. Kaiser Verl sich in kurzer Zeit in die Reihe der führenden protestantisch Verlage erhoben hat.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig Münz, Magdeburg.
Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Allg. Ztg.), Deutsch

Konsum-Verein
für Magdeburg u. Umgegend E. G. m. b. H.
Achtung! **Hausfrauen!** Achtung!
Fleisch- und Wurstwaren
billig!
Bauch ..... Pfund 100 ₰ | Karbonade Pfund 110 ₰
Blatt ..... Pfund 100 ₰ | Nacken ..... Pfund 110 ₰
Wurstwaren
hergestellt unter Beobachtung peinlichster Sauberkeit in unserer vergrößerten, mit den modernsten Maschinen ausgestatteten eigenen Schlächterei.
Unsere Hausfrauen machen wir nochmals aufmerksam auf die Einzeichnung in die Listen. Die Einzeichnung selbst muß bis 15. März erfolgt sein.
Wer sich nicht hat eintragen lassen, kann zur Jubiläumsfeier nicht berücksichtigt werden.

Altstädter Bürgersäle
Apfelstr. 9. Fernspr. 6774.
Inhaber Ferd. Preuße
Säle
Vereinszimmer
Speiserestaurant

Franz Pützkuhl
Empfehle:
Hüte, Mützen, Schirme, Wäsche, Krawatten, Stöcke, Handschuhe, Hosenträger.
Magdeburg-N.,
Lübecker Straße 120.

Salzquelle
Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

Unsere
Frühjahrs-Neuheiten
sind eingetroffen
Wir bieten Ihnen folg. Vorteile:
Reichhaltige Auswahl!
Erstklassige Paßformen!
Eigene Fabrikation, daher niedrigst. Preise!
Einige Beispiele unserer Preiswürdigkeit
Anzug n. Maß, aus dunk. ibl., reinw. Twill, 1- u. 2reihig M. 75.—
Anzug n. Maß, aus Gabardine und anderen Stoffarten M. 75.—
Anzug n. Maß, aus reinwoll. Kammgarn Melton etc. M. 95.—
Tanzanzug aus tiefschwrz., reinw. Drapé, gute Qual. M. 88.—
Frack- und Gehrockanzug, reinw. Drapé, gute Qual. M. 95.—
Uebergangsmäntel in Gabardine Marengo, Covercoat, alle Formen . . M. 65.—
Besond. billiges Angebot uns. am Lager befindl. Sachen:
Konfirmanden- und Prüfungsanzüge, in blau und farbig . . M. 45.— 38.— 25.— 16.—
Herren- und Jünglings-Anzüge in allen Formen und Stoffarten . . M. 55.— 48.— 36.— 26.— 17.50
Cutaway und Weste . . . . . M. 39.— und höher
Marengo-Paletot, gute Qualität . . . . . M. 48.—
Hosen und Breeches, in Stoff, Pilot und Manschi, v. M. 3.50 an
Gummimäntel, Windjacken, Bozener Mäntel spottbillig.
Nicht am Lager befindliche Größen fertigen wir nach ihrem Maß ohne Preisaufschlag an.
Anfertigung aus Ihren eigenen Stoffen inkl. Zutaten M. 35.—
Auf Wunsch Ratenzahlung.
Max Heymann
Breiter Weg 26.
Im Hause Optiker Kuhnke. Gegenüber Schöneckstraße.
Steigen Sie 2 Treppen Sie sparen viel Geld

Conitzer & Co.
ASCHERSLEBEN
Das führende Kaufhaus

Feinste frische
Oldenburger Tafelbutter
in Postpaketen zu den billigsten Tagespreisen direkt ab
Molkerei Altjührden in Oldenburg.

Billigste Bezugsquelle
für Schuhwaren
B. Wolff's Gelegenheitskäufe
Schwertfegerstraße 14/15.

Hotel u. Restaurant „Weißer Bär"
Bes. Ad. Thürnagel.

Inserieren bringt Gewinn!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270312-19/fragment/page=0004

Beilage zum „Politischen Wegweiser“

Nummer 11 (Halle (S., den 12. März 1927 3. Jahrgang

Aus Parlamenten und Parteien

Ein Täuschungsversuch.

Herr Hackbarth, der den vergeblichen Versuch gemacht hat, Teile des Bauernbundes zum Reichslandbund hinüberzuziehen, ist in seinen Mitteln nicht wählerisch. Er hat jetzt mit der finanziellen Hilfe des Reichslandbundes eine „Sonderausgabe“ der Zeitschrift „Deutscher Bauernbund“ herausgegeben, die das Kopfklischee der echten Zeitschrift bis auf die Angabe des verantwortlichen Schriftleiters genau nachahmt. Auch dieser Täuschungsversuch wird bei den Mitgliedern des Deutschen Bauernbundes keinen Erfolg haben. Von den Geschäftsführern sind in das landbündlerische Netz gelaufen: Reich-Perleberg, Simon-Halberstadt, Manig-Heyrothsberge, Fister-Stendal, Bunte-Grünberg, Behse-Cottbus, Bielefeldt-Perleberg. Aus dem Wahlkreis Magdeburg-Anhalt haben eine Anzahl Bauernbündler ihren Namen für die Zersplitterungspläne des Herrn Hackbarth hergegeben, u. a. der Gemeindevorsteher Rauch-Altenhausen und Ferchland-Ziepel.

*

Abtrünnige Bauernbundsführer.

Die Gelder der notleidenden Großagrarier.

Aus zuverlässiger Quelle wird berichtet, daß einige Bezirksgeschäftsführer des Deutschen Bauernbundes unter gleichzeitiger Verbreitung eines entsprechenden Aufrufes an die Landbevölkerung zum Landbund übergetreten sind. Die treibende Kraft zu diesem Verrat ist das bisherige Vorstandsmitglied des Deutschen Bauernbundes Hackbarth. Schon seit längerer Zeit hat er, ohne Kenntnis des Vorstandes, mit dem Landbund verhandelt und die Geschäftsführer unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zu diesem Schritt gebracht. U. a. hat er ihnen gesagt, daß sie zum 1. April beim Deutschen Bauernbunde fristlos entlassen werden müßten. Diejenigen, die bereit wären, zum Landbund überzutreten, könnten dort auf Anstellung mit doppeltem Gehalt rechnen. Der Landbund hat sich seinerseits nicht gescheut, auf solche Verhandlungen einzugehen und hat zwecks Durchführung dieses „Geschäftes“ eine erhebliche Summe in Aussicht gestellt. Auf diese vornehme Art und Weise versucht der Landbund im Hause der gegnerischen Organisation und innerhalb der bäuerlichen Bevölkerung „moralische“ Eroberungen zu machen.

*

Die Demokratische Preußenfraktion an Am Zehnhoff.

Der demokratische Landtagsabgeordnete Riedel hat an den scheidenden Minister Am Zehnhoff das nachstehende Schreiben gerichtet:

Hochverehrter Herr Minister! Die Deutsche Demokratische Fraktion des Landtags hat den Unterzeichneten beauftragt, Ihnen anläßlich Ihres Ausscheidens aus der Staatsregierung den herzlichsten Dank der Fraktion für die selbstlose und aufopfernde Tätigkeit auszusprechen, die Sie mit der Staatsumwälzung in schwerster Zeit im Dienste unseres Volksstaates zum Volkswohl geleistet haben. Die Fraktion beehrt sich, die Wertschätzung, die von ihr schon kürzlich anläßlich Ihres Goldenen Dienstjubiläums ausgedrückt wurde, noch einmal ganz besonders zu betonen.

In ganz vorzüglicher Hochachtung Riedel.

*

Eine geborstene Stütze der Deutschnationalen.

Der Polizeibeamte H. Keul aus Wiesbaden wurde vom Reichsgericht wegen versuchter Spionage und wegen Vergehens gegen § 348 des StGb. zu sieben Jahren sechs Monaten Zuchthaus, 10 Jahren Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Die Flaggenmaste der Reichswehr.

Im „Heeresverordnungsblatt“ wird mitgeteilt: „Ein Sonderfall gibt Veranlassung, unter Aufhebung anderslautender Verfügungen anzuordnen, daß der Reichswehr gehörende Flaggenmaste, gleichgültig ob freistehend oder an Gebäuden befindlich, mit einem einfarbigen, grauen Anstrich zu versehen sind.“ „Einfarbig grau“ — um Himmelswillen nicht etwa Schwarz-rot-gold!

*

Disziplinarverfahren gegen einen Stahlhelmführer.

Seines Amtes enthoben wurde von der Merseburger Regierung der Oberrentmeister Wolf von der Staatlichen Forst- und Kreiskasse in Herzberg a. E. Wie es heißt, soll Wolf, der Vorsitzende der Stahlhelmortsgruppe in Herzberg ist, beträchtliche Beträge unterschlagen haben. Wolf behauptet dagegen, daß auf der Durchreise befindliche Stahlhelmmitglieder das Geld aus seinem Dienstzimmer gestohlen hätten. Gegen Wolf wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

*

Finanzielle Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche.
Konkordat oder Landesgesetz?

Zu den bisher noch nicht geklärten Streitpunkten zwischen Staat und Kirche gehören u. a. auch in Preußen die Fragen der finanziellen Auseinandersetzung. Die Grundsätze für die Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften stellen nach dem Artikel 138 der Weimarer Verfassung das Reich auf. Des weiteren ist im Artikel 173 der Verfassung bestimmt, daß bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes gemäß Artikel 138 die bisherigen, auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften bestehen bleiben. Bisher hat aber das Reich die in der Verfassung vorgesehenen Grundsätze nicht ausgearbeitet, daher sehen sich auch die Regierungen der Länder außerstande, diese Ablösung der Staatsleistungen vorzunehmen. Die Staatsleistungen bleiben also einstweilen in der Höhe, wie sie vor 100 Jahren in der Circumscriptions-Bulle mit der römischen Kurie vereinbart worden sind, bestehen. Die für Preußen wichtigsten Verpflichtungen sind in der Encyklica „De salute animarum“ niedergelegt. Von seiten der römischen Kurie sind mehrfach Klagen darüber erhoben worden, daß Preußen seinen Verpflichtungen gegenüber der katholischen Kirche nicht voll gerecht werde. Daher haben von Zeit zu Zeit auch mehrfach Aussprachen über diese Fragen zwischen den beteiligten kirchlichen und staatlichen Stellen stattgefunden. Von unterrichteter Seite wird dem „Demokratischen Zeitungsdienst“ indessen mitgeteilt, daß im gegenwärtigen Augenblick die Verhandlungen nicht akut sind. Eine endgültige finanzielle Auseinandersetzung muß jedoch erfolgen und es wird dann zu entscheiden sein, ob die Auseinandersetzung im Wege eines Konkordates oder durch die Landesgesetzgebung zu erfolgen hat.

*

Um das Ziel deutscher Flottenpolitik.
Demokratische Anfragen.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags bat bei der Beratung des Marine-Etats der Abgeordnete Rönneburg (Dem.) das Reichswehrministerium um Auskunft, welches Ziel es mit seiner Flottenpolitik überhaupt verfolge. Angesichts des außerordentlich geringen Kampfwertes unserer Marine und im Hinblick auf die dafür erforderlichen erschreckend hohen und immer noch wachsenden Kosten müsse man sich die Frage vorlegen, ob die bisherige Flottenpolitik richtig sei. Von Sparsamkeit sei im Marine-Etat nichts zu merken. Insbesondere seien der Verwaltungsapparat und die Zahl der Befehlsstellen viel zu groß. Auch beim Marine-Etat müsse Rücksicht genommen werden auf die angespannte Finanzlage des Reiches und auf die überlasteten Steuerzahler. Die neu angeforderten Admiralsstellen und die des Ministerialdirektors würden die Demokraten nicht bewilligen. Die Anforderungen für die nichtbeamteten Hilfskräfte müßten vermindert werden.

Ganz außerordentlich seien die Erhöhungen für die einmaligen Ausgaben. Die veranschlagten Gesamtkosten für die Kreuzerbauten seien innerhalb eines Jahres um 40 Prozent gestiegen. Das finde im der Bewegung der Materialpreise und der Löhne keine Rechtfertigung. Es sei erschreckend, daß für die 12 Geschütze und 18 Maschinengewehre eines kleinen Kreuzers 14½ Millionen RM. angefordert würden und für 8 Torpedo-Ausstoß-Rohre 3,4 Millionen RM. Der Etat enthalte dafür keine überzeugende Begründung. Die Monopolpreise der Monopolfirmen seien unerträglich hoch. Mit rücksichtsloser Energie müsse auf einen Abbau der Preise gedrungen werden.

Ueberaus **bedauerlich** sei die **planmäßige Verminderung der Deckoffiziere.** Diese haben sich in den kritischsten Zeiten, bei der Staatsumwälzung und beim Kapp-Putsch, ausgezeichnet bewährt und der Republik größte Dienste geleistet. Man komme auf die Frage, ob sie deswegen jetzt beseitigt werden sollen. Es wäre nur zu wünschen gewesen, daß sich ein großer Teil des Marine-Offizierskorps in ähnlicher Weise wie die Deckoffiziere eingestellt hätte.

Die Anklagen über die Verbindung der Marine mit gewissen Verbänden müssen klargestellt und rücksichtslos müsse hier durchgegriffen werden. Die Unterstützung des **Kaiserlichen Yachtklubs durch die Mitgliedschaft aktiver Offiziere** sei nicht zu rechtfertigen.

*

Die Liquidationsgeschädigten an den Reichspräsidenten.

Die Interessenvertretung der deutschen Liquidationsgeschädigten hat eine Eingabe an den Reichspräsidenten gerichtet, in der die Regelung der Liquidationsschädenfrage gefordert wird. In dieser Eingabe heißt es u. a.:

„Die Liquidationsgeschädigten haben, wie der Vertreter des Reiches jetzt noch vor dem Haager Schiedsgericht anerkannt hat, als Ersatz für ihre Schäden nicht weniger als 9,233 Milliarden RM. ohne Zinsen zu fordern. An dieser gewaltigen Summe gingen allerdings die im Haag gleichzeitig als Handelsobjekt vertretenen Firmenverluste mit 1,5 Milliarden, die Abfindung der Schwerindustrie mit 1,6 Milliarden, sowie die bisherigen Leistungen an die Liquidierten mit 318,2 Millionen ab, so daß noch 5,814 Milliarden ohne Berücksichtigung der aufgelaufenen Zinsen und der Entwertung zu ersetzen sind. Diese gewaltigen Verluste können von einer kleinen Anzahl deutscher Volksgenossen nicht allein getragen werden.

Den Einwand, daß der Stand der Reichsfinanzen es unmöglich macht, die uns zustehende Entschädigung zu bezahlen, können wir nicht gelten lassen. Das würde doch nichts anderes bedeuten, als daß es der Volksgesamtheit von 60 Millionen unmöglich sei, Lasten zu tragen, die man den 30 000 Liquidationsgeschädigten allein zu tragen zumutet.“

Diese Eingabe wurde gleichzeitig den neuen Kabinettsmitgliedern, dem Reichsrat und dem Reichstag zugesandt.

Es darf erinnert werden, daß die Deutsche Demokratische Partei durch einen Antrag die Reichsregierung aufgefordert hat, unverzüglich die Frage der Entschädigung der Liquidationsgeschädigten zu prüfen und einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Endabfindung dieser Staatsbürger regelt.

*

Die Unentwegten.

Nach mehrfacher Vertagung hat der Vorstand der deutschkonservativen Partei am vorigen Montag zu der, durch den Eintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung geschaffenen Lage Stellung genommen. Ganz leicht scheint der Entschluß den feudalen Herren nicht geworden zu sein, das kann man sowohl aus der langen Verzögerung wie aus der vorsichtigen und keineswegs eindeutigen Formulierung des Beschlus-

Die Staatsangehörigkeit der Frau

Von Ludwig Müller-Sprenger.

In vergangener Woche nahm, wie die Abendausgabe des Berliner Tageblattes vom 4. März meldete, der Haushaltsausschuß des Reichstags, veranlaßt durch die bekannte Frauenführerin und demokratische Reichstagsabgeordnete Frau Dr. Marie-Elisabeth Lüders, einstimmig eine Entschließung an, in der die Regierung zur unverzüglichen Neuregelung der Staatsangehörigkeit der Frau, insbesondere hinsichtlich der Frage des Verlustes der Staatsangehörigkeit aufgefordert wird. Damit ist nicht nur der Gesetzgeber sondern auch die öffentliche Meinung wieder einmal auf eine der wesentlichsten Schwächen in der heutigen Rechtsstellung der Frau hingewiesen worden.

Es darf daran erinnert werden, daß nach § 17 Ziffer 6 des heute geltenden Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 eine Deutsche durch Eheschließung mit einem Ausländer automatisch ihre Staatsangehörigkeit verliert und im Falle der Verwitwung oder Ehescheidung gemäß § 10 desselben Gesetzes erst eines Antrages auf Wiedereinbürgerung bedarf, um ihre angeborene Staatsangehörigkeit wiederzuerlangen. Eine gleiche gesetzliche Regelung besteht im übrigen für den Fall der Eheschließung mit dem Angehörigen eines anderen Landes, was allerdings mit der fortschreitenden Entstaatlichung der Länder nicht die Gefahren für die Rechtsstellung der Frau in sich birgt, die diese gesetzliche Regelung im Falle der Eheschließung mit einem Ausländer heraufzubeschwören vermag.

Selbst wenn wir das in Fragen der Staatsangehörigkeit besonders zu berücksichtigende Gefühlsmoment ausschalten, von den seelischen Konflikten, die sich aus dieser Gesetzesregelung ergeben, absehen und rein vom rechtlichen, insbesondere vom Rechtsschutzstandpunkt aus das heute geltende Recht betrachten, entrollt sich vor unseren Blicken eine Fülle von Gefahren, denen die aus dem heimischen Staatsverband ausgeschlossene Frau ausgesetzt wird. Kann es, um nur eins zu erwähnen, mangels übereinstimmender oder gar allgemein völkerrechtlicher Bestimmungen doch vorkommen, daß durch Eheschließung mit einem Ausländer die Frau wohl ihre angeborene Staatsangehörigkeit verliert, nicht aber die ihres Ehemannes erwirbt, da dessen Heimstaat eine dem § 6 des deutschen Staatsangehörigkeitsgesetzes entsprechende Vorschrift, der zufolge die Ausländerin durch Eheschließung die Staatsangehörigkeit ihres Mannes erlangt, nicht kennt, sodaß diese Frau also alle rechtlichen Nachteile der Staatenlosigkeit auf sich nehmen muß.

Um diese und andere Gefahren abzustellen, beantragte die demokratische Abgeordnete Lüders die Vorlegung eines Gesetzentwurfes auf Aenderung des geltenden Rechtes. Ihrem Antrag zufolge soll eine Reichsdeutsche im Falle ihrer Eheschließung mit einem Ausländer ihre deutsche Staatsangehörigkeit bei Beibehaltung des Wohnsitzes innerhalb des Reichsgebietes nur verlieren, wenn sie ausdrücklich darauf verzichtet. Aber auch bei Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland soll für die Ehefrau ein unfreiwilliger Verlust ihrer bisherigen deutschen Staatsangehörigkeit nur dann eintreten, wenn sie kraft Gesetzes des betreffenden Fremdstaates (entsprechend § 6 des deutschen Gesetzes) durch ihre Eheschließung die Staatsangehörigkeit ihres Mannes erwirbt. Im Falle einer Eheschließung einer Reichsdeutschen mit einem Staatenlosen schließlich soll der Frau ihre angeborene Staatsangehörigkeit überhaupt erhalten bleiben.

Mit Annahme dieses Antrages ist eine erste Etappe im Kampfe um Rechtsschutz und Gleichberechtigung der Frau auch in Fragen der Staatsangehörigkeit erreicht. Unsere Aufgabe ist es nun, die öffentliche Meinung für diese Forderungen einzuspannen, und damit der Annahme des beantragten Gesetzentwurfes den Boden zu bereiten. Daß das damit Erreichte nicht Endziel sondern nur Ausgangspunkt neuen Mühens sein darf, ist allen denen bewußt, die erfüllt sind von der Notwendigkeit einer endgültigen internationalen Regelung des Einflusses von Eheschließung, Verwitwung und Ehescheidung auf die Staatsangehörigkeit der Frau. Gerade in dieser Frage ist es Aufgabe der Frau, sich des Völkerbundes als willkommener Plattform zu bedienen und dort im Wege der Statuierung eines allgemeinen Staatsangehörigkeitsrechtes nicht nur den notwendigen Ausgleich zwischen den heute vielfach widersprechenden gesetzlichen Regelungen der einzelnen Staaten, sondern eine befriedigende Lösung dieser Fragen überhaupt zu erstreben, etwa durch Ruhen des angeborenen und Ausübung des neuen Staatsangehörigkeitsrechtes während der Ehe mit einem Ausländer und durch späteres automatisches Wiederaufleben der angeborenen Staatsangehörigkeit nach Beendung der ehelichen Gemeinschaft.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270312-19/fragment/page=0005

ses folgern. Wie zu erwarten, bekräftigt der konservative Vorstand noch einmal die „unbeirrbare Treue zum monarchischen Gedanken und zum angestammten Herrscherhause". Das ist klar, hier weiß man doch wie und wo. Ganz verschwommen ist aber schon der nächste Satz, in dem die Herren den „Willen zur Befreiung und zu einer Außenpolitik, die durch Würde sich Achtung gewinnt", bekennen. Wer will eine solche Außenpolitik nicht? Ganz geheimnisvoll aber wird die Sache dann, als man von der weiteren politischen Betätigung der Konservativen spricht. Es wird festgestellt, daß die deutschkonservative Partei sich bei ihrer „selbstlosen Mitarbeit" in der Deutschnationalen Partei **volle Selbständigkeit** ausdrücklich gewahrt hat und alle konservativen Kreise werden aufgefordert, sich in den deutsch-konservativen Vereinen zusammenzuschließen, um bei kommenden Wahlen ihre Forderungen zur Geltung zu bringen. Wollen die Deutsch-Konservativen nun also künftig ganz selbständig vorgehen? Offenbar nicht, sonst hätten sie wohl den Trennungsstrich zu den Deutschnationalen schärfer gezogen. Die konservative Taktik hat sich anscheinend die Kommunisten zum Vorbild genommen und beabsichtigt, konservative „Zellen" innerhalb der Deutschnationalen Partei zu bilden. Auch dieser Ballast der unentwegten Reaktionäre soll also im Schifflein der Marxschen Regierungskoalition bleiben. Auch mit ihrer Hilfe will Herr Marx die Republik und ihre Farben schützen und eine arbeiterfreundliche Sozialpolitik treiben. Glückauf zur Fahrt!

Völkisches Allerlei.

Völkische Weltverbesserer.

Der völkische Journalist Franz Adamuz wurde wegen Betrug und Urkundenfälschung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. In den letzten Tagen stand derselbe völkische Führer vor den Schranken des Gerichts. Er wurde wegen Verleitung zum Meineid, Nötigung und unbefugten Waffenbesitzes zu einem Jahr und 2 Wochen Zuchthaus verurteilt.

*

Der frühere Reichstagsabgeordnete Fahrenhorst wurde vom Großen Schöffengericht in Charlottenburg wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz und Beschimpfung des preußischen Ministerpräsidenten Braun zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Dem Angeklagten wurde Strafaufschub bis 1. April 1930 gewährt.

*

Errichtung obligatorischer Schiedsstellen.

Zur Milderung der Hirtsiefer-Verordnung.

Die demokratischen Abgeordneten Barthschat, Büll und die übrigen Mitglieder der Demokratischen Reichstagsfraktion haben nachstehenden Antrag im Reichstag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, folgendem Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen:

Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über Mieterschutz, Mietseinigungsämter und des Reichsmietengesetzes.

§ 1. In § 52 des Gesetzes über Mieterschutz und Mietseinigungsämter vom 30. Juni 1926 (Reichsgesetzbl. I, 347 f.) ist folgender Satz anzufügen: Die oberste Landesbehörde kann für solche Mietsräume, die von den Bestimmungen dieses Gesetzes ausgenommen werden, anordnen, daß paritätisch zusammengesetzte Schiedsstellen auf Anrufung einer Partei über die Zulässigkeit der Kündigung zu entscheiden haben. Die Kündigung ist für unzulässig zu erklären, wenn durch sie die wirtschaftliche Existenz des Mieters gefährdet wird.

§ 2. In § 22 des Reichsmietengesetzes vom 24. März 1922 (Reichsgesetzbl. 273 ff.) ist folgender Satz anzufügen: Die oberste Landesbehörde kann für solche Mietsräume, die von den Bestimmungen dieses Gesetzes ausgenommen werden, anordnen, daß paritätisch zusammengesetzte Schiedsstellen auf Anrufung einer Partei den angemessenen Mietszins festsetzen.

§ 3. Dieses Gesetz tritt am 1. März 1927 in Kraft.

*

Die Ateliers der bildenden Künstler.

Antwort des Reichsarbeitsministers.

Die demokratischen Reichstagsabgeordneten Rönneburg, Koch-Weser und Genossen hatten, da die Ateliers der bildenden Künstler auch als gewerbliche Räume angesehen wurden, wegen dieser Ateliers eine Anfrage an den Reichsarbeitsminister gestellt. Diese Anfrage ist nunmehr vom Reichsarbeitsminister wie folgt beantwortet worden:

„Die Voraussetzungen für die Aufhebung des Mieterschutzes werden in den einzelnen Ländern und für die verschiedenen Arten von Räumen nicht an dem gleichen Zeitpunkt eintreten. Die Reichsregierung muß daher die Entscheidung über die Aufhebung grundsätzlich den obersten Landesbehörden überlassen. Dies gilt auch für Ateliers und insbesondere für die Frage, ob mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der bildenden Künstler die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes noch geboten erscheint."

*

Oldenburg und der Futtergerstenzoll.

Auf eine Anfrage des demokratischen Abgeordneten Tantzen hat der Vertreter der Oldenburgischen Regierung im Oldenburgischen Landtag erklärt, daß die Regierung dafür eintreten würde, da das neue Zolltarifgesetz bis zum 31. März ds. Js. nicht verabschiedet sein würde, daß über diesen Zeitpunkt hinaus der geltende Zoll für Futtergerste und Mais beibehalten wird.

*

Ansiedlung von abgebauten Reichsbeamten.

Sicherem Vernehmen nach sind die zur Ansiedlung von abgebauten Beamten von der Deutschen Reichspost und den Reichs-Hoheitsverwaltungen bereitgestellten Mittel noch nicht ganz aufgebraucht.

Im Hinblick auf die durch die Beamten-Siedlungsverordnung den abgebauten Beamten gewährten Erleichterungen bei Errichtung einer Heimstätte sei daher auf diese Möglichkeit, in den Besitz eines Eigenheims zu gelangen, noch einmal besonders hingewiesen.

*

Kleinrentnernot.

Die Demokraten fordern ein Versorgungsgesetz.

Die Lage eines großen Teiles des auf die Kleinrentnerfürsorge angewiesenen völlig verarmten Mittelstandes ist inzwischen trotz aller Versuche, durch Reichsgesetze und Reichsverordnungen die Kleinrentner vor materieller Not zu schützen und vor überflüssigen seelischen Qualen zu bewahren, so unerträglich geworden, daß niemand einer Fortdauer des derzeitigen Zustandes ruhig zusehen kann. Auf Grund umfassender Feststellungen, die die Demokratische Partei im zahllosen Orten Deutschlands aller Größenklassen hat machen lassen, trat die Not der Kleinrentner so offenkundig zu Tage, daß die Demokratische Reichstagsfraktion sich trotz aller Schwierigkeiten, die sie für die praktische Durchführung nicht unterschätzt, veranlaßt gesehen hat, folgenden Antrag zu stellen: Dr. Lüders, Rönneburg, Koch-Weser und die übrigen Mitglieder der Demokratischen Reichstagsfraktion:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, schleunigst den Entwurf eines Kleinrentnerversorgungsgesetzes vorzulegen, das den verarmten Kleinrentnern einen Rechtsanspruch auf laufende Rente gibt, unter Berücksichtigung des Kulturminimums neben dem Existenzminimum.

*

Anrechnung der Militärdienstzeit auf das Besoldungs-Dienstalter.

Der Abgeordnet Schuldt-Steglitz und die übrigen Mitglieder der demokratischen Reichstagsfraktion haben einen Antrag zur Aenderung des Reichsbesoldungsgesetzes eingebracht, der besagt:

§ 5 Absatz 3 des Reichsbesoldungsgesetzes vom 30. 4. 1920 (RGBl. S. 805) erhält folgende Fassung:

Den Militäranwärtern wird bei der ersten planmäßigen Anstellung, wenn sie im Heere oder in der Marine

a) fünf Jahre oder weniger gedient haben, die tatsächlich abgeleistete Dienstzeit bis zu einem Jahre,
b) über fünf Jahre gedient haben, außerdem die Militär- oder Marinedienstzeit, soweit sie und die nachfolgende Zivildienstzeit fünf Jahre übersteigt, mit der darüber hinausgehenden Zeit, höchsten aber mit weiteren sieben Jahren auf das Besoldungsdienstalter angerechnet.

*

Aenderung der Schlüsselungsgrundsätze in der Beamtenbesoldung.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Schuldt-Steglitz und die übrigen Mitglieder der Demokratischen Reichstagsfraktion haben einen Antrag eingebracht, wonach die Schlüsselungsgrundsätze in den Ziffern 3 und 7 wie folgt geändert werden sollen:

1) Ziffer 3: Von der Gesamtzahl der Stellen für Kanzleibeamte bei den Provinzial- usw. Behörden ein Halb der Stellen als Kanzleiassistenten in Gruppe 4 bis zu ein Halb der Stellen als Kanzleisekretäre in Gruppe 5.

   Die Kanzleibeamten, für welche die Anmerkung 1 zu Gruppe 4 zutrifft, zählen zu den Kanzleisekretären in Gruppe 5.
2) Ziffer 7: Von der Gesamtzahl der Stellen des einfacheren Bürodienstes ein Halb der Stellen als Assistenten in Gruppe 5 bis zu ein Halb der Stellen als Sekretäre in Gruppe 6.

   Die Aenderung soll mit dem 1. April 1927 in Kraft treten.

*

Förderung der Siedlung.

Die Abgeordneten Bartels-Hannover, Wachhorst de Wente, Riedel-Charlottenburg, Meincke, Heesch-Schleswig und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei haben im Preußischen Landtag zur zweiten Beratung des Haushalts der Forstverwaltung folgenden Antrag eingebracht:

Das Staatsministerium wird ersucht, dem Siedlungs- und Pachtbedürfnis durch Hergabe von forstfiskalischem Gelände weit mehr entgegenzukommen, als das bisher geschehen ist. Das gilt namentlich für Orte, in denen durch Darniederliegen, Umstellung oder Abwanderung von Industrie Leute mit Wohngebäuden ohne Zuverfügungstellung von Ländereien existenzlos werden. Die Erhaltung der Bevölkerung auf dem Lande ist wichtiger als die Erhaltung von Waldbeständen.

*

Errichtung einer Siedlungs-Vermittlungsstelle.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst" mitteilt, ist die Schaffung einer Siedlungsvermittlungsstelle geplant, die bei der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation errichtet werden soll. Diese Siedlungs-Vermittlungsstelle hat die Aufgabe, allen Siedlungs-Interessenten mit Rat und Auskunft zur Hand zu gehen. Die Schaffung einer solchen Stelle ist besonders deshalb geboten, um den Siedlern, die aus den Kreisen der nachgeborenen Bauernsöhne kommen, die nötige Beratung zuteil werden zu lassen.

Dienst am Vaterlande

ist für uns die politische Arbeit. Unsere Ideen marschieren. Wir freuen uns dessen. Stärker mächtiger und erfolgreicher können wir arbeiten, wenn alle demokratisch Gesinnten sich zusammenfinden. Freunde werbet für die Deutsche Demokratische Partei,

es lohnt sich, dafür zu arbeiten!

Parteinachrichten.

Bezirk Magdeburg.

Veranstaltungen der Deutschen Demokratischen Partei, Ortsgruppe Magdeburg.

Geschäftsführender Ausschuß: Montag, den 21. März, abends 7½ Uhr in der Geschäftsstelle, Breiteweg 130 bis 140.

*

Stammtisch: Dienstag, den 15. März, abends 8 Uhr Hotel „Weißer Bär", Weinfaßstraße 6. Erwünscht ist starke Beteiligung.

*

Politische Aussprache: Sonntag, den 13. März, vormittags 11 Uhr in der Freundschaft. Redner Landtagsabgeordneter Hartmann.

Gruppe Nordfront-Altenestadt. Dienstag, den 15. März, abends 8 Uhr, im Cafe der Nationalsozialisten kommunalpolitische Aussprache. Redner: Stadtverordneter O. Schüler. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

Gruppe für Handwerk und Gewerbe. Mittwoch, den 16. März, abends 8 Uhr in den Altstädter Bürgersälen: Vortrag des Abgeordneten Obermeister Barthschat.

*

Demokratische Jugend. Freitag, den 18. März, abends 8 Uhr im Franke-Jugendheim, Zimmer 8, Vortragsabend „Wie stehen wir zur Kirche?" Redner: Konsistorialrat Henning.

*

Wer sorgt für die Handwerker?

Bei den Beratungen über die Gewerbesteuer wurde ein Unterausschuß von vier Abgeordneten eingesetzt, denen die endgültige Ausarbeitung zufiel. Die einzige Partei, die in diesen Unterausschuß einen Handwerker entsandte, war die Demokratische Partei, wie überhaupt die Vertretung des Handwerks und kleinen Gewerbes auch in dem großen Ausschuß bei den übrigen Parteien sehr zu wünschen übrig ließ.

*

Der Abgeordnete Dr. Bohner hat mit Frau Dr. Klausner zusammen bei der Beratung des Kultus-Etats im Hauptausschuß einen Antrag eingebracht, daß das Bodetal von Treseburg bis Thale zu einem Naturschutzgebiet erklärt werden soll. Der Antrag geht davon aus, daß im oberen Bodetal die Talsperre gebaut wird, wodurch auch Kraftwerke gebaut werden müssen. Er will nun das untere Tal vor der Industrialisierung schützen. Verhindert werden soll auch die Schwebebahn von der Rostrappe zum Hexentanzplatz. Solche Bergbahnen sind in der Schweiz wohl sehr viel vorhanden; bei dem kleineren Maßstabe des ganzen Gebietes und der Rostrappe würde eine solche Bahn eine viel schwerere Schädigung bedeuten als bei dem großen Verhältnis in der Schweiz oder in Bayern.

*

Stand der Talsperrenfrage.

Wie wir hören, wird die Bodetalsperre im Ministerium sehr günstig beurteilt, sodaß Aussicht auf baldigen Bau vorhanden ist.

Wichtig für Pächter städt. Aecker.

Im Herbst 1927 werden wieder verschiedene Aecker der Stadtgemeinde Magdeburg und der vom Magistrat verwalteten Klöster und Stiftungen pachtfrei.

Die bisherigen Pächter dieser Grundstücke müssen, wenn sie auf Verlängerung der betreffenden Pachtverträge Wert legen, ihre Anträge im städtischen Liegenschaftsamt, Spiegelbrücke 1—2, Zimmer 30, in der Zeit von 10 bis 12 Uhr vormittags einreichen. Die Anträge müssen jedoch bis spätestens 30. April 1927 gestellt sein, da spätere Anträge keine Berücksichtigung finden können. Die freien Grundstücke werden öffentlich meistbietend zur Verpachtung kommen.

Willi Basch †. Infolge eines Autounglückes verstarb unser Mitglied, Herr Willi Basch, im Alter von 48 Jahren. Die D. D. P. wird sein Andenken in Ehren bewahren.

Philosophische Woche in Magdeburg.

Die Kantgesellschaft, Ortsgruppe Magdeburg und die Magdeburger Volkshochschule veranstalten in der Zeit vom 20. bis 30. März 1927 eine philosophische Woche unter dem Thema: „Vom Sinn der Arbeit". Folgende Vorträge sind vorgesehen: Univ.-Prof. Dr. Nohl, Göttingen: „Die Arbeitsschule". Prof. Dr. Erik Nölting, Frankfurt a. M.: „Arbeit und Wirtschaft". Prof. Dr. Atzler, Kaiser-Wilhelm-Institut, Berlin: „Physiologie der Arbeit". Geheimer Regierungsrat Dr. Weigert, Abteilungsdirigent im Reichsarbeitsministerium, Berlin: „Arbeitsrecht". Dr. Fritz Klatt, Prerow: „Arbeit und Religion". Nähere Auskunft erteilt die Magdeburger Volkshochschule, Grüneartmstraße 14.

Beethoven-Gedenkfeiern der Magdeburger Volksbühne.

Die Magdeburger Volksbühne trifft in den Monaten März und April Beethoven zu Ehren folgende Veranstaltungen:

Donnerstag, den 17. März im Kristall-Palast: **„Beethoven-Gedenkfeier".** Gedenkrede: Oberstudienrat Thiemann-Magdeburg. Besondere Mitwirkung: Volksmusikschule: Leitung Helmut Weiß; Kammervirtuos Otto Kobin: Violinkonzert op. 61; Städtisches Orchester, Leitung Generalmusikdirektor Beck: **„Eroica"** (Heldensinfonie).

Sonnabend, den 26. März (Todestag Beethovens) Festvorstellung im Stadttheater: **„Fidelio".** In den Hauptrollen sind Mary Dierchs, Richard Gaedke, Ernst Neubert und Otto Freund beschäftigt. Die-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270312-19/fragment/page=0006

rische Leitung: Alois Schultheiß; Musikalische Leitung: Walther Beck.

Montag, den 28. März im Stadtmissions-Saal: **Kammermusikabend des Tonkünstler-Vereins.** Zur Aufführung gelangen: Streichquartett op. 132; Trio op. 97; Septett op. 20.

Karfreitag, den 15. April in Arbeitsgemeinschaft mit dem Behlitzschen Gesangverein: Wiederholung der „Missa solemnis" in der Johanniskirche.

Steuerkalender für den Monat März 1927.

Bei den städtischen Steuerkassen sind **bis 15. März so. Js. ohne Schonfrist** zu zahlen:

A. **Gewerbesteuer.** Lohnsummensteuer. Die Steuer beträgt 1100 Prozent des Steuergrundbetrages gleich 1,1 Prozent der im Monat Februar gezahlten Gehälter und Löhne. Wie bisher, ist bis zum Fälligkeitstermin außerdem eine Vorammeldung nach vorgeschriebenem Formular bei der zuständigen Zahlstelle einzureichen. Vordrucke sind von der Buchdruckerei Wapler, Gr. Junkerstr. 2, zu beziehen. Nur diese sind zu verwenden. Die Höhe der Vorausgzahlung ist von dem Steuerpflichtigen selbst zu errechnen.

B. **Grundvermögensteuer** (staatliche und kommunale) für den Monat März gemäß Steuerzettel, und zwar für bebaute Grundstücke, die nicht dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind (Kommunalzuschlag 200 Prozent).

C. **Kanalgebühr für den Monat März gemäß Steuerzettel.**

D. **Hauszinssteuer für den Monat März.**

Als Hauszinssteuer wird im Regelfalle der zehnfache Betrag der staatlichen Grundvermögensteuer bei bebauten Grundstücken, sofern diese nicht land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind, erhoben. Wegen der etwaigen anderweitigen Normierung der Hauszinssteuer wird auf die Bekanntmachung vom 3. Juli v. J. verwiesen.

Bei Uebersendung oder Ueberweisung der Steuern ist Steuerart, Zeitabschnitt, für den gezahlt wird, sowie Heberollennummer und Zahlstelle genau anzugeben.

Demokratischer Landesparteitag.

Köthen i. A. Die Tagungsfolge zum Landesparteitag am 27. März in der „Stadthalle" zu Köthen in Anh. ist folgende: 1. Musikalischer Vortrag. 2. Begrüßung durch den Vorsitzenden der Ortsgruppe Köthen, Herr Studiendirektor Lohmann, M. d. L., Köthen. 3. Gesangsvorträge. 4. Eröffnung des anhaltischen Landesparteitages durch den Vorsitzenden des Landesverbandes Anhalt, Herrn Bankdirektor Lux, Dessau. 5. Vortrag über Reichspolitik von Herrn Reichstagsabgeordneten Prof. Dr. Hummel, Heidelberg, badischer Staatspräsident a. D. 6. Vortrag über die anhaltische Landespolitik von Herrn Bürgermeister Hesse, Dessau, M. d. L. 7. Vortrag über „Die Bauern und wir Demokraten" von Herrn Oekonomierat Bielhauer, Karlsruhe. 8. Allgemeine Aussprache. 9. Gemeinschaftliches Mittagsessen im Tagungslokal. 10. Führungen durch die Stadt.

Streiflichter aus dem Stadtparlament

Beginn der Etatberatungen. — Herabminderung des Zuschusses für die städtischen Theater. — Gesunde Weiterentwicklung der Magdeburger Straßenbahn.

Magdeburg, 12. März.

Für unser Stadtparlament ist wieder die Zeit der Etatsberatungen gekommen. Die Festsetzung des Haushaltsplans ist eins der vornehmsten und wichtigsten Privilegien der städtischen Körperschaften, richtiger gesagt, der Stadtverordnetenversammlung. Gewiß erfolgt ja die Beratung des Etats in gemeinsamen Sitzungen von Magistrat und Stadtverordneten, doch ist in diesem Falle die Stadtverordnetenversammlung der ausschlaggebende Teil. Ein Magistrat, der mit der Stadtverordnetenversammlung nicht in gutem Einvernehmen lebt, wird bei der Etatsberatung einen schweren Stand haben. Hier bietet sich den einzelnen Stadtverordneten reiche Gelegenheit, ihrer Unzufriedenheit dem Magistrat gegenüber in seiner Gesamtheit oder mit der Haltung seiner Mitglieder Ausdruck zu geben. Und von diesem Recht haben unsere Stadtväter zu allen Zeiten einen recht ergiebigen Gebrauch gemacht. Der Verlauf der Etatsberatungen gibt aber nicht nur ein Spiegelbild von dem Verhältnis zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, sondern gewährt auch dem im kommunalen Leben weniger Bewanderten einen ziemlich zuverlässigen Einblick in den Stand und die Entwickelung der städtischen Angelegenheiten. Aus diesem Grunde verfolgt daher auch die Bürgerschaft die Etatsberatungen mit ganz besonderer Aufmerksamkeit.

*

Falsch wäre es aber auf jeden Fall, wollte man aus einem glatten Verlauf der Etatsberatungen den Schluß ziehen, daß ich alles bei uns „in Butter", wie man zu sagen pflegt, d. h. also alles in schönster Ordnung befindet und daß sich darum jemand Sorge um die weitere Zukunft zu machen braucht. Die gedeihliche Entwickelung unserer städtischen Angelegenheiten erscheint nur dann gesichert, wenn die Bürgerschaft lebhaften Anteil an allen kommunalpolitischen Fragen nimmt und mit ihrer Kritik an Dingen, mit deren Gestaltung sie nicht einverstanden ist, nicht zurückhält. In dieser Hinsicht leisten die einzelnen Stadtteilsgruppen der demokratischen Partei recht nützliche Aufklärungsarbeit. In den Zusammenkünften der Stadtteilsgruppen werden die städtischen Angelegenheiten durch sachkundige Referate der Mitglieder der demokratischen Stadtverordnetenfraktion klargelegt und die Versammlungsteilnehmer halten mit ihrer Kritik durchaus nicht hinter dem Berge, was auch durchaus erwünscht ist, da nur dann die demokratischen Stadtväter in der Lage sind, die Wünsche ihrer Wähler in den Stadtverordnetensitzungen zu vertreten.

*

Eins der Gebiete, an deren Entwickelung wir in den letzten Jahren keine ungetrübte Freude hatten, waren unsere **städtischen Theater.** Von einer Würdigung ihrer künstlerischen Leistungen wollen wir mit voller Absicht Abstand nehmen. Das Urteil der Kritik war in dieser Hinsicht durchaus nicht einheitlich. Was uns dagegen mit Sorge erfüllte, waren die ständig steigenden **Zuschüsse,** die besonders die Unterhaltung des Stadttheaters erforderte. Ein Vergleich mit den Vorkriegsjahren ist nicht angängig, da damals das Stadttheater verpachtet war und das Wilhelmtheater ebenfalls von einem Privatunternehmer betrieben wurde. Das künstlerische Niveau beider Kunststätten hat dadurch, daß beide Betriebe von der Stadt in eigene Regie übernommen wurden, zweifellos eine ganz bedeutende Hebung erfahren. Auch die Gründung der **Theatergemeinden,** wie der **Volksbühne** und des **Bühnenvolksbundes,** hat wesentlich dazu beigetragen, daß das Interesse für gute Kunst wesentlich belebt wurde.

Nach dem Weggange des bisherigen Dezernenten für die Theater, des zum Oberbürgermeister von Brandenburg gewählten früheren Stadtrats Dr. Fresdorf, hat jetzt Stadtrat Petzall übernommen. Das ist jetzt der zweite Fall, daß ein Besoldeter Stadtrat der demokratischen Gruppe ein Dezernat verwaltet, das eine nicht unbedeutende Arbeitsleistung erfordert und doch auch ein nicht geringes sachliches Wissen und geschäftliche Gewandtheit voraussetzt. Stadtrat Petzall hatte von das erste Mal, da er den Haushaltsplan der städtischen Bäder und des Orchesters vertrat, Gelegenheit, unmotivierte Angriffe, die der durch keinerlei Sachkenntnisse belastete völkische Stadtverordnete Mann gegen die Leitung der städtischen Theater erhob, zurückzuweisen. Stadtrat Petzall war es gelungen, den Zuschuß zu den städtischen Theatern um 80 000 Mk. herunterzudrücken. Dem Häuptling der Völkischen, der sich sonst gern als Apostel der Sparsamkeit aufspielt, scheint dieser ernste Wille zur Sparsamkeit das Konzept seiner Rede verdorben zu haben und darum gefiel er sich in seichten Spötteleien, mit denen er freilich auch nicht den geringsten Eindruck erzielte. Stadtrat Petzall wies nach, daß der Voranschlag auf sehr genauen Berechnungen aufgebaut sei und daß keinerlei Grund für die Annahme vorhanden sei, daß er auf zu rosigen Schätzungen beruhe.

Im übrigen war das Referat, das der Rechtsparteiler Stadtv. Bock über den Etat der städtischen Theater und des Orchesters erstattete, außerordentlich dürftig. Es gewährte nicht den geringsten Ueberblick über den Stand unserer Kunststätten und ihrer Aussichten. Mit einer Versicherung, daß der Etat vom Ausschuß sorgsam vorberaten sei und daß darum die Annahme empfohlen werden könne, kann die Oeffentlichkeit nichts anfangen. Diese Art von Berichterstattung über Haushaltspläne muß, falls sie Nachahmung finden sollte, dazu führen, daß der Bürgerschaft jeder Ueberblick über die Entwickelung der städtischen Angelegenheiten verloren geht, was wieder zur Folge haben würde, daß ihr Interesse für die kommunalpolitischen Dinge nach und nach erlahmt.

*

Ein anderer Haushaltsplan, mit dessen Aufbau die Oeffentlichkeit zufrieden sein kann, behandelte die **Straßenbahn.** Zwar ist ja die Straßenbahn noch immer ein Privatunternehmen, an der die Stadt aber durch den Besitz der Mehrheit der Aktien in ausschlaggebender Weise beteiligt ist. Stadtv. Schüler, der Sprecher der demokratischen Fraktion, erstattete über die Entwickelung des Unternehmens einen sehr anschaulichen Bericht, wobei er der Anstrengungen der Leitung, die Unterlassungssünden der verflossenen Verwaltung wieder gut zu machen, gebührend gedachte. Er stellte dabei fest, daß die Einrichtungen der Straßenbahn heute jeden Vergleich mit gleichartigen Unternehmen in anderen Großstädten nicht zu scheuen brauche. Nicht gering sind die Aufgaben, die die Straßenbahn in Zukunft noch zu lösen haben werde, das Straßenbahnnetz in der Alten und Neuen Neustadt muß ausgebaut und mit einander verbunden werden. Auch die Einrichtung einer neuen Ringlinie wird sich nicht länger hinausschieben lassen, wenn der Breiteweg eine Entlastung erfahren soll. Daneben wird aber auch noch auf den Anschluß der Vororte an die Straßenbahn Bedacht genommen werden müssen.

Das Referat des Stadtv. Schüler löste eine sehr lebhafte Aussprache aus. Hier haben doch die Stadtväter eine prächtige Gelegenheit, sich als tüchtige Vertreter ihres Bezirks zu zeigen und darum waren sie auch nicht allzu bescheiden in ihren Wünschen nach neuen Linien.

Der Dezernent, Stadtrat Dr. Landsberg, rechnete aus, daß die Erfüllung der zahlreichen Wünsche nicht weniger als drei Millionen Mark kosten würde. Ein Kapital, über das die Straßenbahn nicht verfügt. Und darum werden wir uns damit abfinden müssen, wenn die Erfüllung der Wünsche nach und nach vor sich gehen wird. Die Buckauer Insel und Cracau sollen zuerst berücksichtigt werden. Es sind zwei Stadtteile, die für die Besiedlung in erster Linie in Frage kommen und darum auch bei dem Neubau von Straßenbahnlinien schon aus diesen Gründen bevorzugt werden sollen.

*

Von den anderen Haushaltsplänen, die ebenfalls eine glatte Erledigung fanden, seien noch erwähnt, der Haushaltsplan der **Polizeiverwaltung** und der für die **Straßenbeleuchtung.** Besonders bemerkenswert über den Verlauf der Etatberatungen ist noch die Tatsache, daß auch die Kommunisten das offensichtliche Bestreben zeigten, positive Mitarbeit bei der Verabschiedung der Etats zu leisten. Sie haben ihre grundsätzliche ablehnende Haltung ebenso wie die Rechtsparteiler, die sich auch eine Zeitlang den Scherz leisteten, jeden Etat abzulehnen, nachdem sie erst noch Abänderungsanträge eingebracht hatten, aufgegeben, da auch sie das Törichte einer solchen Politik eingesehen haben.

— **Nachmittags 3.30 Uhr: 11. Große öffentliche Kundgebung in der „Stadthalle", Redner: Reichstagsabgeordn. Prof. Dr. Hummel, Heidelberg, über Politik und Wirtschaft, 12. Geselliges Beisammensein.**

Coswig i. Anh. Am Sonnabend den 5. März tagte hier unter sehr zahlreicher Beteiligung ein Kreisparteitag der D. D. P. des Kreises Zerbst. Nach Referaten von Fiedler-Zerbst, Dr. Bruck-Roßlau, Lehrer Haase-Coswig und Lehrer Eckstein-Zerbst wurden einige Entschließungen angenommen, in denen es u. a. heißt:

> Der Zerbster Kreisparteitag fordert das einmütige und entschiedene Eintreten der anhaltischen demokr. Landtagsabgeordneten für die Lösung der großdeutschen Fragen.
>
> Der Zerbster Kreisparteitag bittet die demokratische Fraktion, daß sie die Vergünstigungen, die in der preußischen Gewerbesteuerordnung für 1927 enthalten sind, auch für die anhaltische Ordnung beantragt.

Am Abend sprach unser Abgeordneter Dr. Bohner in einer öffentlichen Versammlung. Er behandelte u. a. die Regierungskrise und den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung. Die Frage, welche Folgen die Regierungsbildung haben werde, beantwortete der Redner dahin, daß das von Minister Reinhold beabsichtigte und bis zum 1. April 1928 durchzuführende Reichsfinanzausgleichsgesetz nach Lage der Dinge höchstwahrscheinlich ins Wasser fallen werde. Damit sind aber einmal die Beamten um ihre Hoffnung auf eine **Besoldungsreform** betrogen und zum andern leidet darunter die Wirtschaft, die weitere Steuersenkungen erwarte. Am Schlusse seiner Ausführungen behandelte der Vortragende noch den **Kampf um die Schule,** vor allem müßten sich die Landlehrer mit aller Leidenschaft dagegen wehren, daß eine erneute Bevormundung durch die Geistlichkeit käme.

Gerwisch. In einer öffentlichen Versammlung sprach Landtagsabgeordneter Dr. Bohner über die Politik der Deutschen Demokratischen Partei. Dr. Bohner bemerkte, daß es in einem parlamentarisch regierten Lande gut sei, wenn auch die Opposition zur Verantwortung mit herangezogen würde. Die Deutschnationalen hätten feierlichst erklärt, daß sie die Republik und die Farben Schwarz-Rot-Gold anerkennen, das sei schon ein ganz erheblicher Fortschritt. Die Deutsche Demokratische Partei werde der neuen Regierung durchaus keine Schwierigkeiten bereiten, sondern sie werde bei allen Fragen sachlich abwägen, was im Interesse der Nation und im Interesse der Wirtschaft notwendig sei. In seinen weiteren Ausführungen behandelte Redner die Stellungnahme der Deutschen Demokratischen Partei zur Hauszinssteuer, Gewerbesteuer, Siedlung sowie Kulturfragen. Das vorzügliche Referat fand gute Aufnahme und schloß sich an dasselbe eine sachliche Aussprache.

Aus dem Bezirk Harz.

Halberstadt. In einer öffentlichen Versammlung sprach am letzten Dienstag Landtagsabgeordneter Oberstudiendirektor Dr. Bohner über das Thema: „Hauszinssteuer, Gewerbesteuer und Kulturfragen". Redner erörterte zunächst die gegenwärtige politische Lage. Nachdem sich gegen die Republik so gut wie keine Stimmen mehr erheben und auch außenpolitisch durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund Klärung und Frieden eingetreten sei, komme es jetzt darauf an, der jungen Republik Inhalt zu geben, namentlich in wirtschafts- und kulturpolitischer Hinsicht. Um leben zu können, brauche der Staat Steuern, aber es sei zu verurteilen, daß jetzt auf alle Verbrauchsgegenstände mehrfach Steuern erhoben würden. Eine Vereinheitlichung sei notwendig, aber trotzdem müsse man vor der Verwirklichung der Einheitssteuer warnen, da diese erhebliche Schwierigkeiten und Härten bringen würde. Redner besprach dann bei der Hauszinssteuer die Wohnungswirtschaft. Freiheit auf dem Wohnungsmarkte müsse angestrebt werden, diese Freiheit könne aber nicht so verstanden werden, wie Hirtsiefer sie in seiner Verordnung vorsieht. Diese Verordnung sei ohne Fühlungnahme mit den Parteien herausgegeben, sie mache einen großen Teil der Bevölkerung schutzlos. Für Kriegsbeschädigte und Ladeninhaber müsse ein größerer Schutz geschaffen werden. Es sei zu hoffen, daß die zum 1. April zu erwartenden Schutzmaßnahmen die schwersten Härten dieser Verordnung beseitigen würden. Redner kritisiert dann die Verwendung der Hauszinssteuer und ist der Ansicht, daß man nur dann zu einer gesunden Wohnungswirtschaft kommen könne, wenn ein Ausgleich zwischen den Mieten in alten und neuen Häusern stattfindet. Dr. Bohner behandelte dann eingehend die Gewerbesteuer, die sich in Ertragssteuer, Lohnsummensteuer und Gewerbekapitalsteuer gliedere, hierbei streifte Redner die Frage des Finanzausgleichs. Er meinte, daß man in diesem Jahre den Finanzausgleich wohl nicht mehr erledigen könne, daß man sich im nächsten Jahre vor der Vollendung scheuen würde, weil damit die Neuregelung der Beamtengehälter zusammenhinge, die man angesichts der für 1928 zu erwartenden Neuwahlen nicht in Angriff nehmen würde. Im letzten Teil seiner Rede sprach Dr. Bohner über Kulturfragen und namentlich über das Konkordat.

Reicher Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen des Redners. In der Aussprache sorgte der bekannte Völkische Tätz durch Entgleisungen verschiedenster Art für Humor, er verstand es mit seinen krausen Ausführungen die Lachmuskeln der Zuhörer zu reizen.

Osterwieck (Harz). Am Mittwoch abend fand im „Schwarzen Adler" eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung statt. Landtagsabgeordneter Oberstudiendirektor Dr. Bohner hatte das Referat übernommen. Eingangs seines Vortrages beschäftigte sich Redner mit der gegenwärtigen politischen Lage. Die Republik stehe heute fest, es sei wesentlich ruhiger in ihr geworden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270312-19/fragment/page=0007

Die Deutschnationalen saßen jetzt mit in der Regierung und müßten darum die Republik und ihre Hoheitszeichen anerkennen. Freilich müßten sie manches schlucken, was ihnen nicht so recht genehm sei. Zu seinem eigentlichen Thema übergehend führte Redner aus, daß es angesichts der vielen verschiedenen Steuerarten verständlich sei, wenn der Wunsch nach einer Vereinheitlichung des Steuersystems laut werde. Leider sei es aus verschiedenen Gründen aber nicht möglich, nur eine Steuer zu erheben, denn die Länder und Gemeinden brauchten einen gewissen Spielraum zur Wahrung ihrer Selbständigkeit. Das sei für den Staat die Hauszinssteuer und für die Gemeinde die Gewerbesteuer. Preußen nehme an Hauszinssteuern 860 Millionen im Jahre auf, davon fließen nur 430 Millionen dem Wohnungsbau zu. Der eigentliche Leidtragende bei der Hauszinssteuer sei der Hypothekengläubiger. Redner wandte sich dann der Wohnungszwangswirtschaft zu, die nach seiner Ansicht verschwinden müsse. Sie könne aber nur abgebaut werden, wenn ein Ausgleich der Mieten in alten und neuen Häusern erfolgt sei. Der Staat müsse mehr Mittel als bisher zum Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Jeder Steuer haften Härten und Ungerechtigkeiten an, die demokratische Fraktion des Reichstags habe versucht, offenbare Härten zu mildern und in vielen Fällen habe sie Erfolg gehabt. Zur Gewerbesteuer übergehend, führte der Redner aus, daß diese Steuer den Stempel besonderer Ungerechtigkeit trage, weil sie eine Sondersteuer sei. Aber sie sei die einzige Steuer, die den Gemeinden das Verfügungsrecht belasse. Nach dem Kriege sei hier die Steuerschraube gewaltig angezogen. Während die Gewerbesteuer vor dem Kriege in Preußen jährlich 90 Millionen erbrachte, bringt sie heute 360 Millionen. Zum Schluß beschäftigte sich Redner mit den brennendsten Kulturfragen der Gegenwart. Kirche und Staat müßten voneinander getrennt bleiben. Der Einfluß der Kirche auf die Schule sei immer von Schaden gewesen. Erst seit man dem Lehrer Freiheit gegeben habe, sei die deutsche Volksschule das geworden, was sie heute sei. Noch vor 20 Jahren habe man im preußischen Herrenhaus ausgediente Unteroffiziere gut genug befunden, um sie als Lehrer in die Volksschulen zu schicken. Großagrarier hätten damals noch die polnischen Landarbeiter, die nicht lesen und nicht schreiben konnten, für die bravsten Arbeiter gehalten. Kein Wunder, daß unsere östlichen Provinzen von polnischen Landarbeitern überschwemmt wurden und daß große Gebiete im Osten schließlich an Polen fielen. Die vorzüglich verlaufene Versammlung schloß mit einer Aussprache. Dem Redner wurde starker Beifall für seine interessanten Ausführungen gezollt.

Aufruf!

Der verstorbene Rechtsanwalt **Löwe-Calbe a. S.**, der Führer der bürgerlichen Demokratie aus dem Jahre 1848, Präsident der Nationalversammlung von Frankfurt a. M., soll geehrt werden. An dem Hause, in dem Rechtsanwalt Löwe viele Jahre gewohnt hat, soll eine schlichte Gedenktafel angebracht werden. Am 20. März findet die feierliche Uebergabe dieser Gedenktafel an die Stadt Calbe statt, zu der der demokratische Reichstagsabgeordnete Professor **Dr. Hummel** die Gedenkrede übernommen hat. Zur Anfertigung der Gedenktafel und zur Unterstützung dieser ehrenvollen Feier werden **freiwillige** Spenden aus demokratischen und republikanischen Kreisen entgegengenommen. Einzahlungen erbitten wir auf das Postscheckkonto Magdeburg **Ludwig Münz** Nr. 3310. Demokraten, Republikaner! Unterstützt diese Ehrung durch einen freiwilligen Beitrag.

Atherstedt. Eine öffentliche Versammlung fand hier am Donnerstag abend im Gasthaus Ilse statt. Der Vorsitzende Fleischermeister Grabach begrüßte die zahlreich Erschienenen und dankte dem Landtagsabgeordneten Oberstudiendirektor Dr. Bohner dafür, daß er das Referat übernommen und sich bereit erklärt habe, besonders über die dem Landwirt am Herzen liegenden Fragen zu sprechen. Dr. Bahner behandelte dann in gemeinverständlicher Weise die Existenzfragen des deutschen Bauern, er sprach ausführlich über das Siedlungswesen, über den Pachtschutz und die Zollpolitik und ging dann zur Erörterung der Steuerfragen über. Mit sichtlicher Spannung folgten die Anwesenden den Ausführungen des gewandten Redners, der nach Beendigung seines Vortrages noch verschiedene aus der Mitte der Versammlung gestellte Fragen beantwortete. Die Versammlung quittierte die erschöpfenden Ausführungen des Redners mit lebhaftem Beifall.

Pünktliche Beitragszahlung erleichtert den Geschäftsbetrieb. Wer hat bezahlt?

O. P.-Samswegen 4 M, L. R.-Gutenswegen 3 M, L. R.-Barleben 10 M, V. M.-Schermen 3 M, Sch. R.-Magdeburg 8.25 M, F. B.-Eisleben 10 M.

Bezirk Halle.

Zur Beachtung!

Unsere Parteigeschäftsstelle in Halle befindet sich ab 24. März im Hause Leipziger Straße 87, zwei Treppen (Hauseingang neben dem Ufa-Kino und dem Spielwarengeschäft C. F. Ritter). Als Fernsprechanschluß bleibt die bisherige Rufnummer 21277.

Gründung des Landesverbandes Halle-Merseburg des „Bundes" Vereinigung freiheitlicher Akademiker

Halle. In einer von Versicherungsdirektor Dr. Schweer geleiteten Versammlung im „St. Nikolaus" am 25. Febr. d. J. wurde nach Referaten der Herren Dr. Merzbach von der Bundesleitung in Berlin, Stud.-Rat Stieber und cand. jur. Kunze der Landesverband Halle-Merseburg des „Bundes", Vereinigung freiheitlicher Akademiker, gegründet. Der Zweck des Landesverbandes ist die Zusammenfassung der freiheitlich gesinnten Akademiker, die Behandlung der Fragen des akademischen Lebens im Sinne der Reichsverfassung und insbesondere die Förderung der freiheitlich gesinnten Studierenden durch Beratung, Zusammenkünfte und geselligen Anschluß. Eine der ersten Aufgaben des Bundes wird die Beschaffung geeigneter Versammlungsräume für „Bund" und „Republikanisches Studentenkartell" sein. Die Aemter des 1. und des 2. Vorsitzenden, des Schriftführers und des Kassenführers wurden Stud.-Rat Stieber, Privatdozent Dr. Prinz, Dr. Geithe und Versicherungsdirektor Dr. Schweer übertragen. Als Beisitzer wurden u. a. gewählt: Zahnarzt Dr. Hirsch, Kaufmann Huth, Landrat Müller, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Waentig, sämtlich in Halle, Med.-Rat Dr. Kühnlein, Merseburg, und Stud.-Rat Rohloff, Weißenfels. Beitrittserklärungen nehmen Stud.-Rat Stieber, Humboldtstraße 13, und Dr. Geithe, Am Kirchtor 14, entgegen.

Halle. Wir werden um Veröffentlichung nachstehenden Berichtes gebeten und machen die interessierten Kreise besonders aufmerksam:

Gründung des „Republikanischen Juristenbundes für Mitteldeutschland".

Am Sonntag, den 20. Februar 1927, fand in Erfurt die Gründung des „Republikanischen Juristenbundes für Mitteldeutschland" statt. Der Bund dient der Verwirklichung des republikanischen Gedankens in Rechtspflege und Verwaltung. Vorort des Bundes ist Gotha. Der Vorstand besteht aus den Herren Landgerichtsrat Dr. Baumbach v. Kaimberg in Gotha, Rechtsanwalt Re[illegible]ner in Erfurt und Amtsrichter Lichtenstein in L[illegible]genfelgn. Sämtliche Teilnehmer der Gründungsversam[illegible]lung sowie einige weitere Juristen sind dem Bunde [illegible]reits beigetreten; weitere Beitrittserklärungen sind in g[illegible]ßerer Zahl in den nächsten Tagen zu erwarten. Alle üb[illegible]zeugt republikanischen Juristen Thüringens u. der Pro[illegible] Sachsen werden sich, wie zuversichtlich zu hoffen ist, [illegible] Kürze zu gemeinsamer Arbeit im neuen Bund zusamm[illegible] finden. Anfragen und Beitrittserklärungen sind an [illegible] Schriftführer Amtsrichter Lichtenstein in Lang[illegible]salza, Kornmarkt 9, zu richten.

Lützen. Oeffentliche Versammlung. In einer L[illegible]sammlung der Ortsgruppe Lützen der Deutschen Demok[illegible]tischen Partei sprach am Mittwoch, den 2. März, aber[illegible] 8 Uhr im Schützenhaus Zweckverbandsvorsteher C[illegible]nely-Neu Rössen, Kreistagsabgeordneter und Kreisa[illegible]schußmitglied über das Thema „Steuerliche Belastung [illegible] Wirtschaft". Der Redner gab ein übersichtliches Bild ü[illegible] die gesamte in Frage kommende Steuergesetzgebung, [illegible]sonders über die belastende Auswirkung für die W[illegible]schaft. Eine eingehende Diskussion, in der über viele E[illegible]zelfragen Klarheit geschaffen wurde, schloß sich an.

Günthersdorf. In einer von der hiesigen Or[illegible]gruppe der Deutschen Demokratischen Part[illegible] einberufenen Versammlung sprach am Freitag ab[illegible] Zweckverbandsvorsteher Cornely, Mitglied [illegible] Kreistages und Kreisausschusses, über das Thema: „D[illegible]steuerliche Belastung der Landwirtschaf[illegible] Der Redner behandelte in einem ausführlichen Rese[illegible] alle die Landwirtschaft angehenden Steuerfragen, g[illegible]ein auf Einkommensteuern, Vermögenssteuern, Umsa[illegible]Steuern, Grundvermögenssteuern und Rentenbankzins[illegible] Er zeigte die Auswirkung dieser Steuern an treffend[illegible] Beispielen. Besonders wertvoll waren die Worte ü[illegible] die Einkommensteuer, wo sich eine Ungerechtigkeit geg[illegible]über den kleineren Landwirten bemerkbar macht durch [illegible] Zweiteilung der Veranlagung nach Buchführungsergebnissen und Durchschnittssätzen. Der Großgrundbesitz, w[illegible]cher genau Buch führen kann, kommt besser weg als [illegible] nichtbuchführende Kleinbesitz. Humorvoll traf der Redn[illegible] folgende Einteilung: Landwirte, die Bücher führen (Gr[illegible]grundbesitz) und Landwirte, die Steuern zahlen (Kle[illegible]besitzer). Zum Schluß ging der Redner ausführlich [illegible] auf die Frage der Hauszinssteuer, Ermäßigungen u[illegible] Niederschlagungen. In der Aussprache wurden noch A[illegible]fragen gegeben über Hagelversicherung und Viehversic[illegible]rung. — Nach den Erfahrungen in Lützen und Günthe[illegible]dorf beabsichtigt der Redner, einmal einen ganzen V[illegible]tragsabend der Frage der Hauszinssteuer zu widme[illegible] Es wäre wünschenswert, wenn diese Ausführungen e[illegible]mal in Merseburg vor einem größeren Hörerkreise [illegible]macht werden könnten.

Wir bitten

unsere Mitglieder in Halle, deren Wohnungsverhältni[illegible] es erlauben, einen auswärtigen Parteifreund als Gast aufzunehmen, um Ausübung dieser Gastfreundschaft an unserem [illegible] 19. und 20. März in Halle stattfindenden Wahlkreisparteitag.

Unsere Geschäftsstelle, Leipziger Straße 21 nimmt die A[illegible]meldungen entgegen und wird auch die Zuweisung d[illegible] auswärtigen Parteifreunde an die Gastgeber veranlass[illegible]

Der geschäftsführende Vorstand.

Neue Bücher.

„Ungeschminkt" von A. O. Weber. 108 Seiten, Fa[illegible] Titel, Preis M 2.—. Max Hesses Verlag, Berlin W. [illegible] A. O. Weber galt schon vor dem Kriege als einer unser[illegible] besten Satiriker, vor dessen kecker Feder allerdings nic[illegible] sicher war. Nun hat er eine Reihe von Jahren geschwieg[illegible] Mit dem vorliegenden Bändchen, dessen Titel „Ich bek[illegible] seinen Inhalt ahnen läßt, hat er uns ein Buch voll strahle[illegible] dem Humor, aber auch beißendem Witz geschenkt, wie es ei[illegible] nur Weber kann. Keine unserer Alltagsschwächen ist vor [illegible]nen lustigen Peitschenhieben sicher, aber sein Humor ist [illegible]sonnig, daß er bei aller Schärfe und bei allem Spott A[illegible]erkennung finden muß bei Freund und Feind. [illegible]

Briefkasten

Bezirk Magdeburg. Mehrere Berichte mußten zurü[illegible] gestellt werden.

Demokraten!

Werbt für den Besuch unserer am **Sonnabend, 19. März,** im „Wintergarten" in Halle stattfindenden öffentlichen Kundgebung. Es sprich[illegible]

Gesinnungsfreunde!

unser Parteiführer

Reichsminister a. D. Koch

Danken wir dem bewährten Führer für sein Erscheinen in Halle durch Massenbesuch!

Eintritt frei!

Anfang 8 Uhr pünktlich

Im Saal keine Bedienung!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270312-19/fragment/page=0008

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Bezugspreis: 75 Goldpfennig monatlich zuzüglich 6 Goldpfennig Postzustellungsgebühr. — Bestellungen nehmen alle zuständigen Postämter, Briefträger und der Verlag Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen. — Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.

Anzeigenpreis: Für die zehngespaltene Millimeter-Zeile 10 Goldpfennig. — Anzeigen im Reklameteil 1 Mark. — Anzeigen-Annahme durch den Verlag des „Politischen Wegweiser", Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. Schriftleitung: Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. Fernsprecher Nr. 1277.

Nummer 11 | **Halle (S.), 12. März 1927** | **3. Jahrgang**

Die große Partie in Genf.

Minderheitsschulen in Oberschlesien — Die Saarfrage — Vergebliche deutsche Bemühungen — Der rumänisch-ungarische Streitfall — Stresemann als Vorsitzender — Das günstige ABC — Keine Rheinlandsräumung — Die vergessene sittliche Entrüstung der Deutschnationalen — Das russisch-englische Problem — Ernste Sorgen — Italien auf englischer Seite — Ratifizierung des rumänischen Vertrages — Keine deutsche Vermittlung — China und kein Ende — Die inhaltslose Abrüstungskonferenz — Westarps Rede — Mangelndes Verantwortlichkeitsgefühl — Außenpolitische Atempause — Das bedrohte Arbeitszeitgesetz — Neuer Kuhhandel — Zentrumserfolge — Die Verschmelzung mit der bayrischen Volkspartei.

Die Pariser „Information" spricht von einer großen Partie in Genf und versteht darunter das diplomatische Spiel, das sich unter Ausschluß der Oeffentlichkeit abrollt. Was auf offener Szene geschieht, ist freilich ziemlich belanglos. Keine der großen Fragen findet dort eine Lösung, und selbst die kleineren, die auf der Tagesordnung stehen, werden in einer Weise erledigt, die ganz sicher nicht unseren Beifall findet. Der Kampf um die deutschen Minderheitsschulen in Oberschlesien wird voraussichtlich aus dem Konferenzsaal heraus nach dem Haag verlegt, wo das Schiedsgericht dann entscheidet. Unsere Bemühungen, der Saarbevölkerung eine nennenswerte Erleichterung zu verschaffen, müssen schon heute als gescheitert angesehen werden. Daß an die Spitze der Regierungskommission wieder ein Kanadier tritt, mag noch hingehen. Leider ist es jedoch nicht gelungen, das belgische Mitglied Lambert zum Ausscheiden zu bewegen, weil Frankreich einen Gegendruck auf die Brüsseler Regierung ausübte und tatsächlich wurde auch eine francophile Mehrheit beibehalten. Auch der Bahnschutz ist nicht so geregelt worden, wie es unseren Wünschen und den Bestimmungen des Versailler Vertrages entspricht. An dem rumänisch-ungarischen Streitfall sind wir an sich unbeteiligt und haben doch grundsätzlich stärkstes Interesse. Ungarn hatte die Frage aufgerollt, ob die Enteignung seiner Groß-Grundbesitzer in dem im Trianon an Rumänien verloren gegangenen Siebenbürgen zu Recht erfolgt ist. Eine Entscheidung wäre deshalb auch für uns bedeutungsvoll gewesen, weil wir in der Tschechoslowakei, in Polen und den Oststaaten uns in einer ähnlichen Lage befinden. Im Genf aber entschloß man sich, diese Regelung auf den Juni zu vertagen.

Man hat bei uns etwas zuviel Aufhebens davon gemacht, daß Dr. Stresemann den Vorsitz auf dieser Ratstagung führte. Es ist kein deutscher Sieg, sondern lediglich der Erfolg eines Zufalls. Wie auf allen internationalen Kongressen, richtet man sich auch in der Calvinstadt nach dem französischen Alphabet. Deutschland als Allemagne steht eben an erster Stelle. Deshalb hatten wir schon im vergangenen Jahre dieses Recht zu beanspruchen, haben aber aus taktischen Erwägungen heraus darauf verzichtet. Jetzt sind wir an der Reihe. Gewiß klingt es sehr einschmeichelnd, wenn es heißt, dasselbe Deutschland, das heute vor einem Jahr noch vor den Türen des Völkerbundssaales stand, präsidiert jetzt, ohne daß jemand dagegen Einspruch erhebt. Aber man soll solche Aeußerlichkeit nicht überschätzen. Irgend etwas Positives wird dadurch nicht erreicht.

Die Genfer Tagung ist in ihrem offiziellen Teil inhaltlos und soweit überhaupt etwas beschlossen wird, recht unerfreulich. Damit haben wir übrigens von vornherein gerechnet. Viel wichtiger sind die Besprechungen der Außenminister untereinander. Das eigentliche Ergebnis ist negativ. Deutschland erhebt noch nicht seinen Anspruch auf die Rheinräumung, weil der Zeitpunkt zu ungünstig gewählt wäre. Man muß auf Briand Rücksicht nehmen, dessen Stellung eine solche Belastungsprobe nicht erträgt. So bleibt nichts weiter übrig, als sich zu gedulden. Unsere deutschnationalen Blätter verzeichnen das mit einem leisen Knurren, aber wir hätten einmal den Ausdruck sittlicher Entrüstung sehen mögen, wenn eine Regierung der Mitte es gewagt hätte, dieses berechtigte deutsche Verlangen, einfach unter den Tisch fallen zu lassen. Verrat, Mangel an nationaler Würde wären das wenigste gewesen, was diese Kreise dem Reichsaußenminister vorgeworfen hätten.

Im Vordergrunde standen in Genf nicht die deutschen Fragen, sondern die internationalen Beziehungen zwischen den Völkerbundsmächten und Rußland. Chamberlain hat auf der gemeinsamen Reise mit Briand darüber eingehend gesprochen, und sie sind wohl auch das Thema gewesen, das der englische Außenminister mit Stresemann erörtert hat. Ganz klar ist die britische Stellung nicht. Sie läßt sich sehr schwer erkennen, vermutlich, weil in London die entgegengesetzten Strömungen noch nicht ausgeglichen haben. Chamberlain und Baldwin wünschen keine gewaltsame Entscheidung, deren Ausgang recht zweifelhaft sein könnte, während die Diehards im Kabinett unter Führung von Lord Birkenhead und dem Kolonialminister Amery für einen sofortigen Abbruch eintreten. Ob es zutrifft, daß Chamberlain eine Einheitsfront gegen die Sowjets errichten wollte, läßt sich vorläufig nicht beantworten. Er selbst hat das vor den Vertretern der internationalen Presse lebhaft bestritten. Nur will das wenig besagen. Man hat sogar den Eindruck, daß er sich in dieser Richtung bemühte, und wenn Italien durch Scialoja erklären ließ, daß es den rumänischen Vertrag ratifiziere, so gibt das bei der engen Verbindung zwischen Rom und London immerhin zu denken. Dieser Vertrag stammt aus dem Jahre 1920 und enthält die Garantie Besarabiens als rumänischen Besitz, hat also eine ganz deutliche Spitze gegen Rußland. Scialoja hat zwar bestritten, daß es ein unfreundlicher Akt gegen Moskau sein soll, doch wird man im Kreml es kaum anders deuten. Wenn heute Italien eine Entscheidigung trifft, die es sieben Jahre hindurch ablehnte, so läßt sich das nur aus einer Einflußnahme Groß-Britanniens erklären.

In Genf rechnet man jedenfalls mit ziemlicher Bestimmtheit auf einen Abbruch der Beziehungen, der Europa vor die schwierigsten Probleme stellen wird. Auch für uns ist diese Frage geradezu weltgeschichtlich. Wir wissen noch nicht, ob Gerüchte auf Wahrheit beruhen, wonach auch Polen sich auf die englische Seite geschlagen hat, während es bisher hieß, daß die Fäden nach Moskau verstärkt worden seien. Auf jeden Fall hängt davon auch unsere Stellungnahme ab. Wir können unter keinen Umständen unsere Neutralität verlassen. Weder mit Moskau noch mit London dürfen wir uns überwerfen. Aber auch die Vermittlerrolle, die vom Auswärtigen Amt gegen den Daily Telegraph bestritten wurde, könnte uns in eine mehr als peinliche Lage versetzen. So wie sich die Dinge entwickelt haben, bleibt uns gar nichts anderes übrig, als abzuwarten und wenn irgend möglich, mit Frankreich gemeinsam unsere Neutralität zu sichern. Alle Hoffnungen, wonach aus einem solchen Konflikt für uns ein greifbarer Vorteil herausspringen könnte, sind trügerisch. Vor allem aber ist für uns die Frage wichtig, wie sich Polen verhält. An der russischen Seite stellt es eine Bedrohung unserer Ostgebiete dar, die gar nicht unterschätzt werden kann, aus der englischen hätte es zur Folge, daß wir in Zukunft bei der Regelung der deutsch-polnischen Fragen nicht mehr auf Beistand Chamberlains rechnen dürfen.

Das gilt auch dann, wenn der eigentliche Tummelplatz China bleiben soll. Die Ereignisse im Reich der Mitte vollziehen sich mit einem dichten Schleier. Was sich dort abspielt, wird uns durch tendenziös gefärbte Meldungen berichtet. Auch ist wohl eine objektive Darstellung schon deshalb ausgeschlossen, weil es in China drüber und drunter geht. Die Marschälle fallen voneinander ab, finden sich wieder, um sich von neuem zu entzweien, und beim besten Willen läßt sich nichts feststellen, wer jedesmal hinter ihnen steht. Es ist England durch einen geschickten Schachzug gelungen, die Japaner wider ihren Willen zu Truppenlandungen in Schanghai zu zwingen und auch die Amerikaner zur Uebernahme eines Verteidigungsabschnittes zu veranlassen, nur weiß man nicht, ob es sich um dauernde oder vorübergehende Erfolge handelt. Auf jeden Fall wird man diesen Vorgängen ernsteste Aufmerksamkeit zu schenken haben, und wenn es früher hieß, daß selbst Ereignisse auf dem heute so benachbarten Balkan oder in der Türkei uns unberührt ließen, hat dieser Satz keine Geltung mehr. Die Welt ist eben enger geworden und die Völker einander nähergerückt. Das Schicksal eines auch noch so fernen Volkes hat Rückwirkungen, die man bis in die entlegensten Winkel der bewohnten Erde verspürt. China aber ist vollends zum Streitobjekt der Großmächte geworden.

Wohl haben die Amerikaner dem Gedanken einer Seeabrüstungskonferenz eine gewisse Anerkennung verschafft. In Genf wollen sie im Juni sich mit Japan und England über die Beschränkung der Seestreitkräfte unterhalten. Die Wahl des Konferenzortes erfolgte, weil man noch immer glaubt, Frankreich und Italien heranziehen zu können. Selbst wenn sich diese Erwartungen erfüllen sollten, versprechen wir uns für das Endergebnis nichts. Die Abrüstung zur See unterbleibt genau so wie die zu Lande. Auch die Konferenz, die in den nächsten Tagen an gleicher Stelle stattfindet, wird keinen Fortschritt bringen. Deutschland hat von vornherein auf eine Aktivität verzichtet, nachdem der demokratische Vorschlag die Umwandlung unserer Reichswehr in eine Miliz zu verlangen, gescheitert ist. Es spricht sicherlich manches dagegen, aber wir sehen nicht ein, weshalb man den Großmächten die für sie höchst unangenehme Alternative ersparen sollte, entweder uns entgegenzukommen, oder wenigstens offen zuzugestehen, daß man sich über die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinwegsetzt, nach denen der deutschen Abrüstung die der anderen automatisch folgen muß.

Wir hätten einmal hören mögen, was die Rechte gesagt hätte, wenn die deutsche Außenpolitik unter einem Kabinett ohne Deutschnationale so vorsichtig gewesen wäre. Dabei hielt es Graf Westarp noch für notwendig, dem Reichsaußenminister durch seine Frankfurter Rede die Arbeiten zu erschweren. Stresemann hat in Genf den Kollegen klar gemacht, daß es sich bei diesen Ausführungen der Fragen mehr um innerpolitische Gesichtspunkte handelt. Aber sehr begeistert wird er von diesen Darlegungen selbst nicht gewesen sein. Graf Westarp ist schließlich der Führer der größten Koalitionspartei und sollte etwas mehr Verantwortlichkeitsgefühl aufbringen. Daß er zur Frage: Monarchie oder Republik, wieder das bei ihm so beliebte [illegible]t, kann nicht Wu[illegible]rkrippe ist in der [illegible]ndnissen aufraff[illegible]ngst vor den Wä[illegible]en zu streuen versi[illegible]ik, die mit Deut[illegible]gt eine Unsiche[illegible]nd erschwert eine [illegible] erforderlich wäre[illegible]

[illegible]binetts nicht sond[illegible]wurde nichts errei[illegible] versetzt, da eine [illegible]eit eintreten wird[illegible] Zarte Rücksichtn[illegible]n bei jedem Schri[illegible]igt sich das. Mit [illegible]mpromiß zustand[illegible]ll gerichtete Deut[illegible] die Widerständ[illegible] groß waren. Die [illegible]hrt, und die gewer[illegible]nen starken Druck[illegible]et. Da hat der [illegible]en Gewerkschaft[illegible] Gesetz nicht weit [illegible] neuem beginne[illegible] noch nicht sagen.

Eines aber steht schon fest. Das Zentrum hat seine Ernte bereits geborgen. Immer neue Posten werden von dieser Partei in Sicherheit gebracht. Im Reichsinnenministerium hat es die Kulturabteilung an sich gerissen, die das Schulgesetz auszuarbeiten hat, im Reichsfinanzministerium stellt es wieder dem Pressechef, und in der Reichskanzlei scheinen neue Veränderungen vorbereitet zu werden, die in die gleiche Richtung gehen. Wenn der Kampf vom Reichsschulgesetz und Konkordat beginnt, hat das Zentrum bereits die Schlacht halb gewonnen. Dazu kommt noch, daß die Annäherung an die Bayerische Volkspartei vollzogene Tatsache ist. Die Verschmelzung ist nur noch eine Frage von Wochen. Mit der Einheitsfront müssen wir also rechnen. Dem gegenüber ist die Opposition vorläufig machtlos, wenigstens solange die Volkspartei nicht ihre liberale Aufgabe erkennt.

Richard May.

Bei unregelmäßiger Post-Bestellung

beschwere man sich stets bei dem zuständigen Postamt, auch dann, wenn dem Leser unsere Zeitung durch den Verlag überwiesen wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19270312-19/fragment/page=0009